

Zur wahlsoziologischen Bedeutung eines Modells sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien im vereinten Deutschland

Emmert, Thomas; Roth, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Emmert, T., & Roth, D. (1995). Zur wahlsoziologischen Bedeutung eines Modells sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien im vereinten Deutschland. *Historical Social Research*, 20(2), 119-160. <https://doi.org/10.12759/hsr.20.1995.2.119-160>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zur wahlsoziologischen Bedeutung eines Modells sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien im vereinigten Deutschland

*Thomas Emmert / Dieter Roth**

Abstract: Electoral behavior in West Germany at state and federal levels was characterized by remarkable stability until the late 80's. This could be explained for a long time by the so called »cleavage theory« of Stein Rokkan and Seymour Martin Lipset which says that the more or less frozen party systems of western democracies are based on socio-structural conflicts in these societies. Since the late 80's we report a clear drop in the stability of voting results. In addition, the unification of the two German states raises the question whether the cleavage model still can explain individual party preferences although voters in West and East were brought up in very different social and political structures. To answer this question we analyse party preferences in West and East separately as well as for the whole unified Germany. It will be clear that even under the changed conditions of the united Germany the model of Lipset and Rokkan can still contribute an independent part of the explanation of voting behavior.

* Address all communications to Thomas Emmert / Dieter Roth, Forschungsgruppe Wahlen e.V., Postfach 10 1121, D-68011 Mannheim.
Unser Dank für Hilfe, Anregungen und konstruktive Kritik gilt insbesondere Frau Susanne Steinmann, Universität Mannheim.

0. Einleitung

Betrachtet man die Wahlergebnisse auf Landtags- und Bundestagebene seit Gründung der Bundesrepublik und die aus diesen Ergebnissen resultierenden Regierungen, so stellt man eine außerordentliche Stabilität der Verhältnisse bis weit in die 80er Jahre hinein fest. Bis zur hessischen Landtagswahl im April 1987 gab es bei bis dahin 110 Wahlen, nach denen es Regierungsveränderungen hätte geben können, siebenmal eine neue Regierung, wobei es sich nur bei fünf Wahlen um eine echte Abwahl der Regierungsparteien handelte (Schleswig-Holstein 1950, Hamburg 1957, Niedersachsen 1978, Berlin 1981 und Saarland 1985), in zwei Fällen um eine Umorientierung von Koalitionspartnern nach einer Wahl (Hamburg 1983 und der Regierungswechsel von 1969 im Bund).

Vergleichsweise turbulent ging es in den letzten fünf Jahren zu. Bei den 20 Wahlen seit April 1987 gab es Wahlergebnisse, die sechsmal zur Ablösung der Regierung führten (zweimal in Hessen 1987 und 1989, in Schleswig-Holstein 1988, in Berlin 1989, in Niedersachsen 1990 und Rheinland-Pfalz 1991), und zweimal mußte die regierende Partei in große Koalitionen eintreten (Berlin 1990 und Baden-Württemberg 1992).

Die hierin zum Ausdruck kommende zunehmende Flexibilität der Wähler läßt sich zweifellos auch auf die sich seit langem abzeichnende Veränderung der Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik zurückführen. Die Folgen sozialen Wandels, die Zunahme einer horizontalen und vertikalen Mobilität führten zu immer stärkeren Auflösungserscheinungen bei den Großorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen, die wiederum deutliche Effekte bei den traditionellen Anhängerschaften der großen Parteien zeigten. Mit der deutschen Einheit wächst außerdem das sich immer weniger an klassischen gesellschaftlichen Gegensätzen orientierende Wählerpotential um fast ein Viertel weitgehend bindungsloser Wahlberechtigter, die sich den Einordnungsmechanismen aufgrund sozialstruktureller Zugehörigkeiten zu gewachsenen Parteien-Interessen-Koalitionen nahezu völlig zu entziehen scheinen. Die Frage, die wir deshalb zu beantworten suchen, ist, ob bei solchen Ausgangsdaten ein klassischer wahlsoziologischer Erklärungsansatz wie das von Stein Rokkan zusammen mit Seymour Lipset konzipierte Konfliktlinienmodell noch einen Beitrag zur Erklärung des Wahlverhaltens in einem neuen, größeren Deutschland leisten kann. Bei der Analyse stützen wir uns dabei hauptsächlich auf Daten der Forschungsgruppe Wahlen, die allesamt im Auftrag des Zweiten Deutschen Fernsehens erhoben wurden und in Wahlsendungen bzw. Sendungen des ZDF-Politbarometer Verwendung fanden.

1. Das Konfliktlinienmodell von Lipset und Rokkan

Der von Stein Rokkan 1967 zusammen mit Seymour Martin Lipset herausgegebene Sammelband »Party systems and voter alignments« kann mehr als 25 Jahre nach seiner Veröffentlichung zweifellos als eines der einflussreichsten und meistzitierten Werke der Wahlsoziologie betrachtet werden. Ausgehend von der Fragestellung, wie es zu dem in den verschiedenen Aufsätzen des Sammelbands immer wieder konstatierten hohen Maß an Kontinuität in der Entwicklung westlicher Parteiensysteme kommen konnte, finden sich die wichtigsten Erkenntnisse hierzu bereits in dem von den beiden Autoren selbst verfaßten Einleitungskapitel »Cleavage structure, party systems and voter alignments«. In diesem Kapitel befassen sich die Autoren mit der Entstehung von gesellschaftlichen Konflikten und den Voraussetzungen für deren Transformation ins politische System einer Nation.

1.1 Zur Konzeption eines sozialstrukturellen Erklärungsmodells

Als Ausgangspunkt wählen Lipset und Rokkan das als AGIL-Schema bekanntgewordene Konstrukt von Talcott Parsons et al. (1953), das dazu dient, »die funktionalen Imperative eines Handlungssystems zu definieren, mit denen es sich im Gleichgewicht halten kann« (Weihe 21987: 11): »The much debated forfold schema devised by Talcott Parsons for the classification of the foundations of a social system offers a convenient point of departure for an inventory of potential cleavage bases« (Lipset/Rokkan 1967: 7). In ihrem ersten Schritt, der den eigentlich relevanten Teil für die folgenden Überlegungen darstellt, befassen sich die Autoren aber nicht mit allen vier von Parsons definierten gesellschaftlichen Subsystemen, sondern konzentrieren sich auf das integrative System: »We first have to examine the internal structure of the I quadrant in a range of territorial societies: What cleavages had manifested themselves in the national community in the early phases of consolidation, and what cleavages emerged in the subsequent phases of centralization and economic growth?« (ebenda: 8)

Zur Beantwortung dieser Fragen werden in einem nächsten Schritt die vier Teilsysteme innerhalb des I-Quadranten an den Enden zweier sich im rechten Winkel kreuzenden Geraden angeordnet, denn »our suggestion is that the crucial cleavages and their political expressions can be ordered within the two-dimensional space generated by the two diagonals of the double dichotomy« (ebenda: 10) Die gesellschaftlichen Teilaspekte, die sich im Parsons'schen Originalschema diagonal gegenüberliegen, werden nun also als die jeweiligen Endpunkte einer Achse definiert.

Dabei repräsentiert die waagrechte Linie, auf der a1 (=adaptive Subsystem, d.h. die Wirtschaft) und i (=integratives Subsystem, d.h. die Öffentlichkeit)

¹ Wie bei Parsons repräsentieren die kleinen Buchstaben die Teile des Subsystems, große Buchstaben stehen für das ganze System.

abgetragen sind, die funktionale Dimension und die senkrechte Gerade, auf der sich g (=goal attainment, d.h. Politik) und 1 (=latent pattern maintenance, d.h. Haushalte und Schulen) befinden, die territoriale Dimension.

1.2 Die gesellschaftlichen Konfliktdimensionen

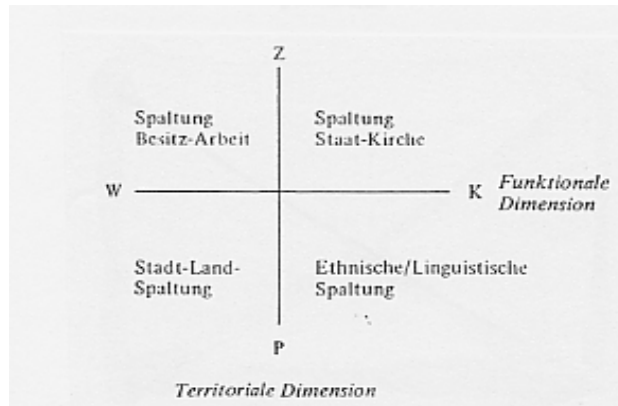
Nach Lipset/Rokkan lassen sich in diesem Schema die spezifischen Konflikte moderner Gesellschaften lokalisieren: »At the 1 end of the territorial axis we would find strictly local oppositions to encroachments of the aspiring or the dominant national elites and their bureaucracies« (ebenda: 10). Dies sind typischerweise Konflikte zwischen der Macht des politischen Zentrums und der Ohnmacht der Peripherie in Form von regionalen, sprachlichen oder kulturellen Minderheiten.

»At the g end of the axis we would find conflicts not between territorial units within the system but over the control, the organization, the goals, and the policy options of the system as a whole« (ebenda: 10). Dies beinhaltet sowohl Machtkämpfe zwischen konkurrierenden Eliten als auch tiefgreifendere ideelle Differenzen über die Konzeption von Staat und Gesellschaft. Zu dieser Konfliktdimension zählt der Konflikt zwischen Nationalstaat und der einen eigenen Machtanspruch vertretenden Kirche.

Die territoriale Konfliktdimension wird von der Achse der funktionalen Konflikte gekreuzt, »(they) cut across the territorial units of the nation« (ebenda: 10). Denn auf dieser Ebene erfolgt die Identifikation nicht mehr über regionale oder kulturelle Gemeinsamkeiten, sondern über vergleichbare sozioökonomische Positionen. »At the a end of this dimension we would find the typical conflict over short-term or long-term allocations of resources, products, and benefits in the economy« (ebenda: 10). Dazu gehören die Gegensätze zwischen Produzenten und Käufern ebenso wie zwischen Mietern und Vermietern, aber auch der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. »At the i end of the dimension we find the typical 'friend-foe' oppositions of tight-knit religious or ideological movements to the surrounding community« (ebenda: 11). Ausdruck dieser Konfliktdimension ist vor allem der Gegensatz zwischen Agrar- und Industrieinteressen.

1.3 Die dominierenden Konfliktstrukturen

Die gesellschaftlichen Subsysteme bergen also nach Lipset/Rokkan ganz spezielle Konfliktpotentiale in sich. Daraus lassen sich anhand der vorgestellten Differenzierung entlang der Achsen vier Hauptspannungslinien definieren, die nach Rokkan (1980) folgendem Schema entsprechen:



Demnach findet sich auf der territorialen Achse zum einen also der Konflikt zwischen dem Nationalstaat und denjenigen Institutionen, die die staatliche Legitimität in Frage stellen, insbesondere der Konflikt zwischen Staat und Kirche und zum anderen der Konflikt zwischen herrschenden Eliten und beherrschten Bevölkerungsgruppen, also die Dimension der dominanten versus der unterworfenen Kultur als Ausdruck eines Zentrum-Peripherie-Konflikts.

Die Konflikte entlang der funktionalen Achse lassen sich am besten mit der Weberschen Klassendefinition umschreiben. Dabei handelt es sich dann einerseits um den Konflikt zwischen den Erwerbsklassen, also zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmern, zum anderen um den Konflikt zwischen den Besitzklassen, also zwischen dem primären und dem sekundären Sektor.

Während sich die beiden ersten Konfliktlinien als Ausdruck der territorialen Achse eher auf kulturelle Werte beziehen, orientieren sich die beiden letztgenannten, die die funktionale Dimension repräsentieren, stark an ökonomischen Interessen.

Zwischen diesen beiden Konfliktfamilien existiert eine zeitliche Abhängigkeit. Da sich erst in einem konsolidierten Nationalstaat die funktionalen Konflikte entwickeln können, wurden die Konfliktlinien zu unterschiedlicher Zeit generiert. Gleichwohl sind sie allesamt Produkt der beiden großen revolutionären Brüche im Modernisierungsprozeß westlicher Industriegesellschaften. So entstanden die beiden auf der territorialen Achse positionierten Konfliktlinien aus der »what wo might call the National Revolution" (ebenda: 14), also der nationalstaatlichen Revolution, während die Konflikte funktionaler Art aus der Industriellen Revolution resultierten.

1.4 Die politische Relevanz der Konfliktlinien

Mit den gesamtgesellschaftlichen Umbrüchen entstehen also auch gleichzeitig dem neuen System immanente Konflikte. Diese Konflikte finden nun mit der erstmaligen Mobilisierung der makrosozialen Gruppen ihren Niederschlag im Parteiensystem. Die sich in dieser Zeit formierenden Parteien sind nämlich nach Lipset und Rokkan Ausdruck der dominierenden Konfliktstrukturen. Indem die Parteien zum politischen Sprachrohr der an den Konflikten beteiligten Gruppen avancieren, entstehen langfristige Koalitionen zwischen gesellschaftlichen Großgruppen und den ihre Interessen vertretenden Parteien. Typische Beispiele für diese Art der Koalition sind Gewerkschaften und linke Parteien oder religiöse Gruppen und konservative Parteien.

Lipset und Rokkan sehen darin den Grund für die von ihnen konstatierte Kontinuität innerhalb der westlichen Parteiensysteme. Da große Wählerpotentiale durch die dauerhaften Spannungslinien an eine bestimmte Partei gebunden sind, bleibt wenig Raum für die erfolgreiche Neugründung von Parteien, zumal die einmal erfolgreich etablierten Parteien, etwa durch Programmweiterungen, den Bedarf nach neuen politischen Kräften bereits im Vorfeld unterbinden können.²

Die Persistenz der Parteiensysteme, die von Lipset und Rokkan formulierte Hypothese vom »freezing of the major parties alternatives« (Lipset/Rokkan: 67), gründet sich also auf der fortdauernden Wirkung der mit der Entstehung moderner Gesellschaften generierten Konfliktlinien. So kommen die Autoren auch zu folgendem Fazit: »The party systems of the 1960's reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's. This is a crucial characteristic of Western competitive politics in the age of 'high mass consumption': the party alternatives, and in remarkably many cases the party organizations, are older than the majorities of the national electorates« (ebenda: 50).

2. Konfliktlinien und Wahlverhalten

Die von Lipset und Rokkan vorgestellten Ergebnisse hatten großen Einfluß auf die Wahlforschung westlicher Nationen. So sah Pappi (1973) »in dem von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan herausgegebenen Sammelband „Party systems and Voter alignments“ mit dem Einleitungskapitel der beiden Herausgeber einen wichtigen Wendepunkt für die theoretische Orientierung in der Wahlsoziologie« (Pappi 1973: 191).

² So beispielsweise das Godesberger Programm der SPD oder der Versuch der etablierten Parteien, durch die Übernahme ökologischer Programmatik das Anwachsen der Grünen zu verhindern.

Das thematische Interesse der Forschenden lag daran anknüpfend verstärkt auf der makrosoziologischen Ebene und behandelte die Frage nach dem Zusammenhang von Parteiensystem, Sozialstruktur und Wahlverhalten. Denn die von Lipset und Rokkan vorgelegte Arbeit impliziert ein Wahlverhalten, das nicht - wie es etwa der Ansatz des rationalen Wählers nahelegt - von individuellen Präferenzen und Neigungen bestimmt wird, sondern von sozialstrukturellen Faktoren. Dominieren die territorialen Konflikte, orientiert sich das Wahlverhalten an der Zugehörigkeit zu religiösen, sprachlichen oder regionalen Gruppen, sind dagegen die Konflikte funktionaler Art stärker ausgeprägt, dann gewinnt der sozioökonomische Status für das Wahlverhalten an Bedeutung.

Dieser Zusammenhang wird durch empirische Untersuchungen vielfach bestätigt. So zeigt sich, daß Parteiensystem und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland über einen langen Zeitraum vor allem von zwei stabilen Konfliktlinien geprägt waren: dem Konfessions- und dem Klassenkonflikt. Katholiken, aber auch engagierte Protestanten³ tendieren demnach dazu, die CDU/CSU, die die rein katholisch orientierte Zentrumspartei nach dem Zweiten Weltkrieg ablöste, als Repräsentant einer christlichen Ideologie zu wählen. Dagegen äußert sich der Klassenkonflikt in der Stimmabgabe der Arbeiterschaft zugunsten der SPD.

Das Parteiensystem der BRD ist also durch eine Zweidimensionalität gekennzeichnet, in dem Sinne, daß die Ideologien der großen Parteien in keinem direkten Widerspruch zueinander stehen.⁴ Vielmehr können diese Parteien als Interessenvertreter zweier unterschiedlicher Spannungslinien angesehen werden. Oder, wie Pappi es formuliert: »Das deutsche Parteiensystem ist asymmetrisch, weil einer Partei der gewerkschaftlichen Wirtschaftsideo­logie nicht eine primär ökonomisch konservative Partei gegenübersteht, sondern eine religiös traditionelle Partei« (Pappi 1977: 196). Zahlreiche empirische Untersuchungen (so etwa: Pappi 1973, 1977, 1985, Schmitt 1985) belegen den dominierenden Einfluß dieser Konfliktlinien auf das Wahlverhalten in der BRD.

3. Neuere gesellschaftliche und politische Entwicklungen

3.1 Entwicklungstendenzen in der alten Bundesrepublik

Die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts stellten allerdings die These von den eingefrorenen Parteiensystemen als Ausdruck dauerhaft etablierter Konfliktlinien nachhaltig in Frage. So führte das Auftauchen neuer politischer Aufgaben, hier besonders die Umweltschutzproblematik, ebenso wie in anderen westeuropäischen Ländern auch in der BRD zu der erfolgreichen Gründung der Grü

³ Vergleiche Pappi (1985).

⁴ Wie dies etwa in Großbritannien der Fall ist, wo die führenden Parteien allesamt als Ausdruck des Klassenkonflikts gewertet werden können.

nen. Diese Etablierung der Grünen Anfang der achtziger Jahre bewies ebenso wie das Wiedererstarken rechtsextremistischer Parteien zum Ende des Jahrzehnts, daß sehr wohl noch Raum für die Institutionalisierung neuer Parteien vorhanden war.

Gleichzeitig vollzogen sich tiefgreifende Veränderungen in der Sozialstruktur. In diesem Zusammenhang ist besonders der quantitative Rückgang der Arbeiterschaft zugunsten des neuen Mittelstandes, also Angestellten und Beamten, von Bedeutung. Auch die Auswirkungen der zunehmenden Säkularisierung und die Folgen der Bildungsexpansion zogen das Konzept der langfristigen Koalitionen zwischen gesellschaftlichen Großgruppen und Parteien in Zweifel, da die von Lipset und Rokkan identifizierten makrosozialen Gruppen als Träger der dominierenden Konfliktpotentiale nicht mehr länger den größten Teil der Bevölkerung umfaßten. Durch die sozialstrukturellen Veränderungen scheinen die alten Konfliktlinien viel von ihrer Trennschärfe und damit von ihrer Bedeutung verloren zu haben.

Als Resultat dieser Entwicklungen wurde eine Lockerung der sozialstrukturell verankerten Parteibindungen konstatiert, wobei vor allem die Zunahme des Wechselwahlverhaltens zu Lasten der beiden großen Parteien geht. Konnten die CDU/CSU und SPD 1976 insgesamt noch rund 83% der Wahlberechtigten an sich binden, so waren es 1990 nur noch etwa 63%, also 20 Prozentpunkte weniger. Berücksichtigt man nur die Anteile an den gültigen Stimmen, wählten 1976 noch 91% die Union oder die SPD, 1990 waren es nur noch 80%.

Die sich daraus ergebenden Interpretationen fielen allerdings je nach Standpunkt sehr unterschiedlich aus. Inglehart (1979) versuchte mit der von ihm begründeten Wertewandeltheorie in Abgrenzung zu den alten Konfliktlinien im Sinne Lipsets und Rokkans neuartige Scheidelinien des politischen Verhaltens zu definieren und hielt damit grundsätzlich, wenn auch in stark abgewandelter Form, am Prinzip des makrosoziologischen Erklärungskonzepts fest.

Auch Stefan Hradil (1987) entwirft noch einen kombinierten Ansatz aus makro- und mikrosoziologischen Determinanten, wohingegen die ursprünglich aus der Ungleichheitsforschung stammenden Thesen von Ulrich Beck (1983, 1986) auf eine fortschreitende Individualisierung abzielen und damit mittelfristig einen restlosen Bedeutungsverlust der makrosoziologisch inspirierten Konfliktlinientheorie implizieren, da »in der Folge von Individualisierungsprozessen die klassischen Zuordnungen von sozialen Klassendifferenzierungen und Wählerpräferenzen für bestimmte politische Parteien ihre Stabilität und prognostische Verbindlichkeit verlieren« (Beck 1983: 57).

Es finden sich jedoch auch Bestrebungen, die neuen politischen und gesellschaftlichen Konstellationen in das Lipset/Rokkan-Modell zu integrieren. So versucht Jens Alber (1985) »Stein Rokkans Arbeiten als Sprungbrett für die Entwicklung eines konzeptionellen Rahmens zu nutzen, der einige gemeinsame Fragestellungen für die vergleichende Analyse neuer Parteien aufwirft« (Alber 1985: 211), denn »die Bindungskraft traditioneller Konfliktstrukturen hat

nachgelassen, ohne verschwunden zu sein. In dieser Situation erscheint es etwas voreilig, die Suche nach gesellschaftlichen Grundlagen politischen Verhaltens nicht mehr auf sozial strukturierte Interessenlagen, sondern vorrangig auf individuelle Lebensstile und Werthaltungen auszurichten« (ebenda: 213).

Für Alber beinhaltet das Lipset-Rokkan-Schema trotz der seitens der Autoren festgestellten Persistenz sogar die Möglichkeit, auch das Entstehen neuer Parteien mit Hilfe des Konfliktlinienmodells zu erklären. Dies geschieht mit dem Hinweis darauf, daß Talcot Parsons, auf dessen theoretisches Konstrukt über die Struktur sozialer Systeme sich Lipset und Rokkan stützen, Gesellschaften als dynamische Gebilde interpretiert. In dieser Perspektive stellen die von den beiden Autoren identifizierten revolutionären Brüche keineswegs die Schlußpunkte in der Entwicklung moderner Gesellschaften dar. Vielmehr setzt Parsons die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen westlichen Industrienationen einsetzende Bildungsrevolution in ihren gesellschaftlichen Konsequenzen durchaus mit den von Lipset und Rokkan identifizierten Umbrüchen gleich. Demzufolge wären allerdings auch gravierende Veränderungen im Konfliktlinien- und somit auch im Parteiensystem der betroffenen Gesellschaften zu erwarten. Für die Bundesrepublik, wie auch für andere westliche Industrienationen, ist der Zusammenhang zwischen Bildungsrevolution und der Etablierung grüner bzw. alternativer Parteien evident, weisen diese Parteien doch eine Wählerschaft auf, die weit überdurchschnittlich jung und formal hoch gebildet sind. Für Alber besteht damit eine neue Konfliktdimension »in der wachsenden Bedeutung bildungsvermittelter Aufstiegschancen und in der phasenspezifischen Strukturierung der Mobilitätschancen von Absolventen höherer Bildungsinstitutionen« (Alber 1985: 225). Unter dieser Perspektive ist auch das Entstehen und die Etablierung neuer Parteien mit einem modifizierten cleavage-Ansatz zu erklären.

Angesichts dieser sehr konträren Standpunkte soll die gegenwärtige Bedeutung des Konfliktlinienmodells im folgenden mit Hilfe eines empirischen Ansatzes hinterfragt werden, wobei neben dem sozialen Wandel dem Einfluß der Wiedervereinigung auf das von Lipset und Rokkan elaborierte Schema besondere Bedeutung zukommen soll.

3.2 Die Bedeutung der Wiedervereinigung für das Konfliktlinienmodell

Noch nachhaltiger als die Effekte des sozialen Wandels haben in Deutschland zweifellos die Folgen der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten die Diskussion um die Fruchtbarkeit des Konfliktlinienmodells beeinflusst. Das von Lipset und Rokkan vorgelegte Konfliktlinienmodell zur Erklärung der »eingefrorenen« Parteiensysteme ist, das zeigen auch die im Sammelband »Party systems and voter alignments« dem Einleitungskapitel der beiden Herausgeber folgenden Länderstudien, in seiner Gültigkeit auf demokratisch verfaßte Systeme nach westlichem Verständnis beschränkt. Auch die empirischen Nach

weise für die Validität der formulierten Hypothesen beschränken sich auf Analysen westlicher Demokratien. Naheliegenderweise kann ein solcher Erklärungsansatz für die Genese und Kontinuität kompetitiver, pluralistischer Parteiensysteme nicht unreflektiert auf sozialistische Systeme mit einer Ein-Parteien-Hegemonie übertragen werden.

Dies zeigen auch die Analysen der ersten freien und gleichzeitig letzten Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990. Zwar weichen die Interpretation und angeführten Ursachen des Wahlergebnisses zum Teil deutlich voneinander ab. Aber unabhängig davon, ob die Autoren die individuelle Wahlentscheidung stärker auf rationales Wahlverhalten im Sinne der Theorie Anthony Downs (1967) zurückführen wie beispielsweise Roth (1990) oder versuchen, in Anlehnung an das Konfliktlinienmodell von Lipset und Rokkan einen spezifisch sozialistischen cleavage-Ansatz zur Erklärung des Wahlverhaltens zu entwickeln wie Emmert (1991), besteht weitgehend Konsens darüber, daß herkömmliche »sozialstrukturelle Ansätze westlichen Zuschnitts keinen Aufschluß über das Zustandekommen des Ergebnisses vom März (1990, die Verf.) geben« (Roth 1990: 390).

Den deutlichsten Hinweis dafür liefert der empirische Befund, daß sich bei der letzten Volkskammerwahl »55% der Arbeiterschaft für die »Allianz für Deutschland« entschieden haben, und damit deutlich mehr Arbeiter CDU (47%) und DSU (7%) gewählt haben als sich für die SPD (22%) oder PDS (12%) entschieden« (Forschungsgruppe Wahlen 1990: 13). Dies steht der Erkenntnis aus westlichen Demokratien, in denen die Arbeiterschaft eine traditionelle Stütze sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien darstellt, diametral gegenüber.

Welche Faktoren also letztlich auch für das Wahlverhalten der DDR-Bürger relevant gewesen sein mögen, das Konfliktlinienmodell von Lipset und Rokkan kann in seiner für westliche Demokratien verifizierten Variante nur sehr begrenzt zur Interpretation der letzten Volkskammerwahl beitragen. Für die Frage, welche Relevanz der Cleavage-Theorie in Deutschland heute noch zukommt, gilt es deshalb neben den Auswirkungen des sozialen Wandels zu berücksichtigen, wie sich die Parteibindungen in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung entwickelt haben und in Zukunft noch entwickeln werden. Folgen sie den zu Zeiten der DDR entstandenen Prämissen und Scheidelinien, orientieren sie sich überwiegend an rationalen Überlegungen oder lassen sich in der ehemaligen DDR Tendenzen lokalisieren, die auf eine Angleichung an die aus der alten Bundesrepublik in bezug auf das Wahlverhalten bekannten Muster, einschließlich der Abhängigkeit von der sozialstrukturellen Positionierung, schließen lassen?

Für die Klärung der Frage, welche Rolle das Konfliktlinienmodell in der heutigen Wahlsoziologie noch übernehmen kann, werden deshalb im folgenden drei Aspekte erörtert:

- 1) Wie hat sich das Wahlverhalten innerhalb derjenigen makrosozialen Gruppen im Zeitverlauf entwickelt, die dem Konfliktlinienmodell zufolge von den dominierenden gesellschaftlichen Konfliktlinien tangiert werden und deren Parteipräferenzen sich demnach auch daran orientieren?
- 2) Welche gesamtgesellschaftliche Relevanz kommt diesen makrosozialen Gruppen heute noch zu, umfassen sie noch immer einen relevanten Teil der Gesamtbevölkerung oder sind an die Stelle der ursprünglichen Träger der Konfliktdimensionen neue, vergleichbare Gruppen getreten, deren Parteipräferenzen ebenfalls von langfristig institutionalisierten Spannungslinien determiniert werden?
- 3) Wie stellen sich diese Befunde aus gesamtdeutscher Perspektive dar, gibt es Möglichkeiten, die Entwicklungen in Ostdeutschland in das LipsetRokkan-Schema zu integrieren oder hat das Konfliktlinienmodell vor dem Hintergrund der deutschen Vereinigung einen weiteren Bedeutungsverlust erfahren?

4. Die Parteipräferenzen makrosozialer Gruppen im historischen Vergleich

Die wichtigsten gesellschaftlichen Träger der bundesrepublikanischen Konfliktlinienstruktur sind, wie wir dies bereits oben ausgeführt haben, die Arbeiterschaft als Ausdruck des Klassenkonflikts einerseits und die Katholiken als Ausdruck des konfessionellen Konflikts andererseits. Dies dokumentiert sich auch in den prioritären Orientierungen der die makrosozialen Gruppen auf der politischen Ebene repräsentierenden Parteien, die dies letztlich auch in ihrer jeweiligen Namensgebung zum Ausdruck bringen: Im Falle der SPD dominiert die klassenbezogene Ausrichtung, während bei den Unionsparteien die konfessionelle Orientierung im Vordergrund steht.

Deshalb gilt bei den folgenden Längsschnittanalysen auch den Entwicklungen innerhalb dieser beiden makrosozialen Gruppen das Hauptaugenmerk.

4.1 Die Entwicklung der Parteipräferenzen in der Arbeiterschaft

Für die Parteipräferenzen der Arbeiterschaft hat Klingemann (1984) anhand des Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen von 1953 bis 1983 nachgewiesen, daß die auf der Grundlage des Klassenkonflikts bestehende Koalition mit der SPD sowohl in ihrer absoluten als auch in ihrer relativen Größenordnung im untersuchten Zeitraum äußerst stabil geblieben ist. Klingemanns Ergebnisse lassen sich dabei folgendermaßen zusammenfassen:

Zunächst ist festzuhalten, daß die Arbeiterschaft in jeder der untersuchten Bundestagswahlen die Berufsgruppe mit der deutlichsten Präferenz für die SPD darstellt. Desweiteren hat diese Präferenz für die SPD von 1953 bis 1972 prak

tisch kontinuierlich zugenommen, 1953 äußerten 36% der Arbeiter eine Wahlabsicht für die SPD, 1972 waren es dagegen 59%. 1976 sinkt die Unterstützung der SPD in der Arbeiterschaft auf eine Wahlabsicht von 44%, steigt dann 1980 aber wieder auf 49% an und bleibt auch im Jahr des Regierungsverlusts der SPD bei 49%.

Damit bewegt sich die Präferenz für die SPD innerhalb der Arbeiterschaft - sieht man einmal von den extremen Ausprägungen 1953 und 1972 ab - über einen Zeitraum von 30 Jahren zwischen 44 und 49%, weist also eine maximale Differenz von 5 Prozentpunkten auf. Dabei stellen die letzten beiden von Klingemann untersuchten Bundestagswahlen, wiederum mit Ausnahme von 1972, sogar die beiden bislang besten SPD-Ergebnisse in der Arbeiterschaft dar. Dies ist umso bemerkenswerter, als die SPD 1983 gegenüber 1969 insgesamt 4,5 Prozentpunkte verloren hat. Was den Rückhalt der SPD in dieser makrosozialen Gruppe anbelangt, so muß also zumindest bis 1983 konstatiert werden, daß der Einfluß des Klassenkonflikts als wahlentscheidende Determinante nichts von seiner Bedeutung verloren hat.

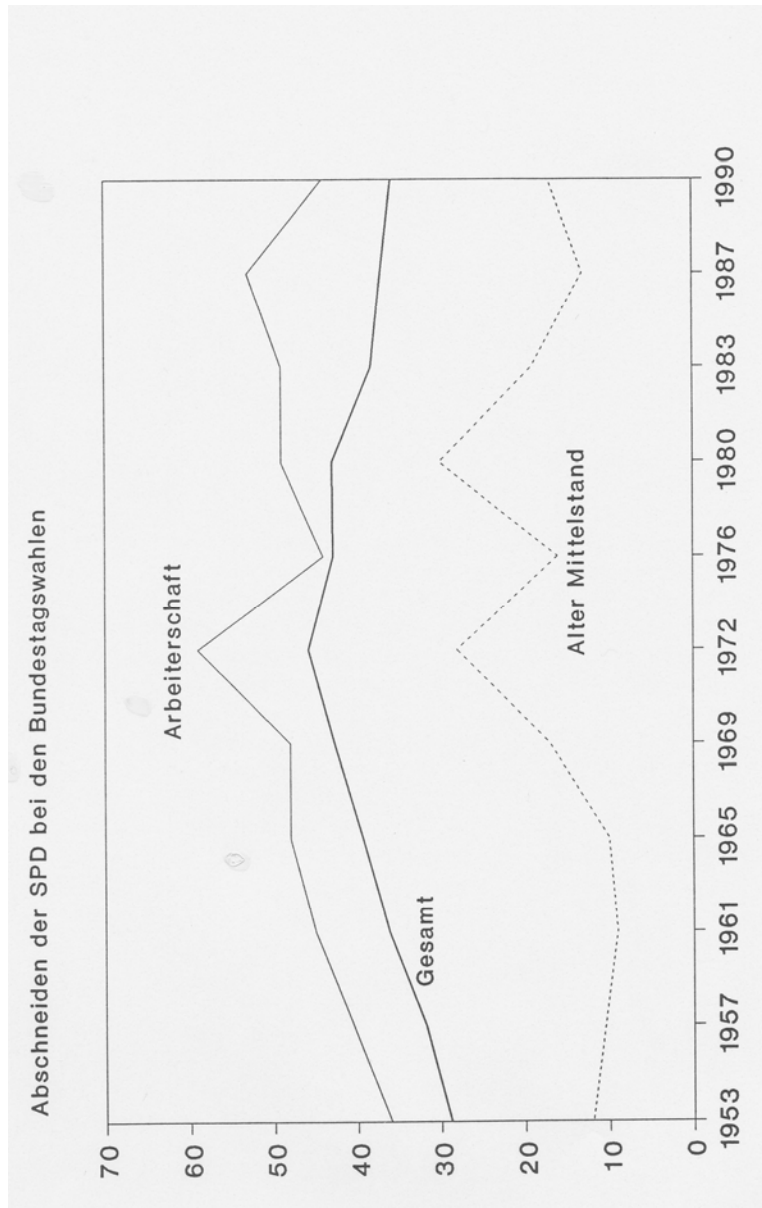
Als drittes wichtiges Ergebnis der Arbeit Klingemanns muß außerdem angeführt werden, daß der Abstand des Ergebnisses der SPD zwischen der Arbeiterschaft und dem alten Mittelstand als klassischem Konfliktgegner im untersuchten Zeitraum ebenfalls überraschend konstant geblieben ist. Vor allem seit 1969 liegen die beiden Resultate nahezu konstant um 30 Prozentpunkte auseinander, lediglich die stark von der Polarisierung der beiden Spitzenkandidaten geprägte Wahl von 1980 bildet hier eine Ausnahme.

Schreibt man diese Tabelle mit aktuellen Zahlen fort, dann wird die Dauerhaftigkeit der Klassenkonfliktlinie auch bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt eindrucksvoll bestätigt: Bei der Bundestagswahl 1987 haben sich demnach 53%⁵ der Arbeiter für die SPD entschieden, der Anteil hat gegenüber 1983 also nochmals zugenommen. Zurückgegangen ist allerdings die Unterstützung für die SPD innerhalb der Gruppe der Selbständigen, 1987 geben nur noch 13%¹⁰ in dieser Gruppe eine Wahl der SPD an. Die Distanz zwischen den beiden von dem Klassenkonflikt betroffenen Gruppen ist hier also noch größer geworden.

Auch bei der Bundestagswahl 1990 ist die SPD in der Arbeiterschaft die stärkste Partei, ihr Anteil ist allerdings gegenüber 1987 rückläufig. Bei der Nachwahlbefragung zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl gaben im Gebiet der alten Bundesrepublik 44%⁶ der Arbeiter an, die SPD gewählt zu haben. Dieser vermeintlich starke Rückgang erfährt allerdings durch zwei Komponenten eine wichtige Relativierung. Zum einen hatte die SPD bei der ersten gesamtdeutschen Wahl ihr schlechtestes Ergebnis seit 1957 zu verzeichnen. Vergleicht man die Zahlen mit 1961, als die SPD ein ähnlich niedriges Gesamtergebnis erzielte wie 1990, dann fällt auf, daß auch damals die Unterstützung innerhalb der Arbeiterschaft bei nahezu identischen 45% lag.

⁵ Quelle: Nachwahlbefragung Februar 1987 der Forschungsgruppe Wahlen

⁶ Quelle: Nachwahlbefragung Dezember 1990 der Forschungsgruppe Wahlen



Zum anderen liegen die 44%, wenn auch am unteren Ende, noch immer innerhalb der von Klingemann aufgestellten Zeitverlaufskurve. Bereits 1976, als der SPD-Anteil insgesamt mit 42,6% der gültigen Stimmen wesentlich höher ausfiel als 1990, lag die SPD-Präferenz bei den Arbeitern ebenfalls nur bei 44%. Stellt man diese Ergebnisse in Relation zueinander, dann beträgt der Index der SPD-Präferenz bei der Arbeiterschaft gegenüber der Gesamtheit 1976 103. Dagegen liegt er 1990 bei 123. Lediglich gegenüber dem Vorwahlergebnis ergibt sich mit einem Rückgang von 9 Prozentpunkten eine deutliche Verringerung der SPD-Wahl in der Arbeiterschaft, ein Effekt der allerdings 1976 gegenüber 1972 mit einem Verlust von 15 Prozentpunkten noch viel drastischer ausfiel. Insofern liefern auch diese Daten keinen Hinweis auf einen umfassenderen Bedeutungsverlust der Klassenkonfliktlinie innerhalb der Arbeiterschaft. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterschaft zwar kleiner gewordenen ist, aber auch wie Müller (1985) zutreffend festgestellt hat, dadurch homogener geworden ist und quasi »ihrer demographischen Reife entgegengeht. . . . Sie umfaßt zunehmend Personen, die selbst im Arbeitermilieu aufgewachsen sind, und die tendenziell ihr Leben lang darin verbleiben« (Müller 1985: 26).

Schließlich werden diese Erkenntnisse auch durch die aktuellen Politbarometerbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen gestützt. Auch wenn in diesen monatlichen Umfragen kein tatsächliches, auf eine konkrete Bundestagswahl projiziertes Verhalten erfaßt werden kann, sondern nur stärker durch aktuelle Ereignisse geprägte Stimmungen, weisen die Kumulationen sowohl für 1991 als auch für 1992 darauf hin, daß die Arbeiterschaft - als eine durch den Klassenkonflikt mobilisierte Gruppe - eine langfristige Bindung an die SPD internalisiert hat, die im Zeitverlauf nur geringfügigen Schwankungen unterliegt.

In der Kumulation des Politbarometers für Westdeutschland 1991 äußern 52% der befragten Arbeiter eine Wahlabsicht zugunsten der SPD, 1992 sind es 49%. Damit kann bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus der Intragruppenperspektive nicht von einem nennenswerten Bedeutungsverlust der Klassenkonfliktlinie gesprochen werden, vielmehr wird das Wahlverhalten der Arbeiterschaft in praktisch unverändertem Ausmaß von dieser Spannungslinie determiniert.

4.2 Die Entwicklung der Parteipräferenzen der katholischen Wähler

Eine mit der Klassenkonfliktlinie vergleichbare Stabilität weist auch die konfessionelle Konfliktlinie auf. Auch wenn Pappi (1985) und Schmitt (1985) neben anderen zurecht darauf hinweisen, daß in der Bundesrepublik aus hier nicht weiter zu erläuternden Gründen (vgl. dazu ebenda) eine Transformation der ursprünglich katholische und nicht-katholische Wähler scheidenden Spannungslinie in eine stärker religiös und nicht-religiös orientierte Wähler ausein

anderdividierende Konfliktlinie stattgefunden hat, zeigt sich der Einfluß dieses cleavages am deutlichsten an der Präferenz der katholischen Wähler für die Union. Dabei verstärkt sich der Effekt noch analog zu der Anbindung an die SPD bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wenn die Betroffenen eine starke Kirchenbindung, operationalisiert in Form von Kirchengangshäufigkeit, aufweisen.

Auf die Stabilität dieser Konfliktlinie wurde bereits von Pappi 1979 aufmerksam gemacht: »Wenn sich der Faktor Religion bei einer Bundestagswahl wieder einmal als wichtig herausgestellt hat, tröstet sich mancher damit, daß dies demnächst ja anders werden müsse. Nur anders wird es nun schon seit 30 Jahren nicht« (Pappi 1979: 472). Und, um es vorweg zunehmen: Auch seit Pappis Feststellung hat sich daran nichts Grundlegendes verändert. Das heißt, daß seit den ersten Bundestagswahlen die Katholiken überdurchschnittlich für die Union votierten. Im Zeitraum von 1953 bis 1990 haben dabei jeweils zwischen 55% und 65%¹⁰ der katholischen Wähler die Union unterstützt, ebenso wie die SPD also über den gleichen Zeitraum die stärkste Partei bei den Arbeitern stellte, war die CDU/CSU die bevorzugte Partei der Katholiken.

In dem genannten Bereich liegen auch die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen. 1976, also noch bevor Pappi die erstaunliche Konstanz dieser Spannungslinie konstatierte, lag der Unionsanteil bei den Katholiken bei 63%, 1980 sank er auf 56% ab, um 1983 wieder auf 65% anzusteigen. 1987 fiel er wiederum auf 55% zurück und betrug auch bei der ersten gesamtdeutschen Wahl auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik 55%. Damit hat sich auch in dem Zeitraum, in dem immer wieder nachdrücklich auf den Bedeutungsverlust der Konfliktlinien hingewiesen wurde, keine Lockerung der Bindung der katholischen Wählerschaft an die Union ergeben.

Die Stabilität der konfessionellen Konfliktlinie dokumentiert sich schließlich ebenfalls in den Jahreskumulationen der monatlichen Politbarometerumfragen. Zwar erreicht die CDU/CSU bei der Jahreskumulation 1991 nur die Unterstützung der Hälfte der Katholiken, hier gilt es aber zu berücksichtigen, daß insgesamt nur 40% der Befragten eine Präferenz für die Union äußerten, womit die CDU/CSU bei dieser Zusammenfassung weit hinter ihrem Wahlergebnis von 1990 zurückbleibt. Dies wirkt sich auch auf ihre katholische Stammwählerschaft aus. Bildet man einen Index aus dem Verhältnis des Unionsanteils bei den Katholiken in Relation zum Gesamtanteil, dann beträgt diese Maßzahl bei der Bundestagswahl 1983, als die Union besonders gut bei den Katholiken abschnitt, 127, in der Politbarometerkumulation 125. Gleiches gilt für die Kumulation von 1992. Hier erreicht die Union zwar nur noch die Unterstützung von 47% der Katholiken, insgesamt liegt der CDU/CSU-Anteil aber nur bei 37%. Der entsprechende Indexwert liegt demnach für 1992 bei 126.

Die Segregationswirkung der beiden Hauptspannungslinien ist innerhalb der von den Konflikten tangierten Bevölkerungsgruppen also praktisch unverän-

dert. Für Pappi ist die Zuordnung der Parteipräferenz über die Sozialstruktur im Zeitvergleich sogar noch offensichtlicher als in früheren Jahren: »Die sozialen Konfliktlinien in der Wählerschaft sind also einfacher geworden: Die Konfession sagt aus, ob jemand eher CDU/CSU oder eine der beiden laizistischen Parteien wählt, die Berufsgruppe sagt aus, ob er sich für die SPD oder für eine der beiden »bürgerlichen« Parteien entscheidet« (Pappi 1986: 382).

Die Frage, ob die cleavage-Theorie heute in der Wahlsoziologie überhaupt noch sinnvoll eingesetzt werden kann, ist damit zumindest für die von Lipset und Rokkan als wichtigste Träger der dominierenden Konfliktlinien identifizierten makrosozialen Gruppen auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik positiv zu beantworten. Ob mit dieser Konstanz der Spannungslinien innerhalb dieser Gesellschaftsgruppen allerdings auch deren fortdauernde gesamtgesellschaftliche Relevanz konstatiert werden kann, gilt es im folgenden noch zu ermitteln. Dabei ist zu erörtern, ob die diskutierten Bevölkerungsgruppen, wie von Lipset und Rokkan beschrieben, nach wie vor in quantitativer Hinsicht die dominierenden Subgruppen darstellen, oder ob ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung soweit zurückgegangen ist, daß es für die Wahlsoziologie sinnvoller erscheinen muß, die Parteipräferenzen und deren Genese anderer makrosozialer Gruppen zu untersuchen.

5. Die gesamtgesellschaftliche Relevanz der Konfliktgruppen

Betrachtet man die sozialstrukturelle Entwicklung der verschiedenen gesellschaftlichen Großgruppen, dann muß als erstes und in dem hier interessierenden Kontext auch wichtigstes Ergebnis festgehalten werden, daß die als Träger der gesellschaftlichen Konfliktstrukturen relevanten Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik in quantitativer Hinsicht kontinuierlich und zum Teil drastisch an Bedeutung verloren haben.

Insbesondere der Arbeiteranteil an den Berufsgruppen ist seit der Gründung der BRD immer weiter zurückgegangen. Stellte die Arbeiterschaft 1950 mit einem Anteil von 51% noch die bei weitem stärkste Berufsgruppe, so liegt ihr Anteil 1989 nur noch bei 39% und damit deutlich hinter den im tertiären Sektor Beschäftigten. Gravierenden Schrumpfungsprozessen war im gleichen Zeitraum auch die Gruppe der Selbständigen unterworfen, die allerdings ein wesentlich niedrigeres Ausgangsniveau aufwies. Die stärkste Zunahme erfuhr dagegen die Gruppe der Angestellten und Beamten, die 1950 nur 21% der Berufstätigen stellten, 1989 aber mit 51% die größte Berufsgruppe darstellten (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen 1990: A8).

Gleichzeitig brachte die fortschreitende Säkularisierung einen Rückgang der religiösen Orientierung in der bundesdeutschen Bevölkerung, was sich allerdings lediglich in der Kirchenbindung in Form von Kirchengangshäufigkeit dokumentiert, die tatsächliche Kirchenmitgliedschaft blieb davon weitgehend unberührt. So gehörten 1950 44% der Deutschen der Katholischen

Kirche an und 1987 sind es immer noch 44% (Quelle: Volkszählung 1950 und 1987). Dagegen hat sich der Anteil der regelmäßigen Kirchgänger an der Gesamtheit der Katholiken von 61% 1953 auf 34% 1982 fast halbiert (Quelle: Schmitt 1985: 292).

Aufgrund dieser Form des sozialen Wandels kam es zur Erosion typischer Stammwählerschaften von CDU/CSU und SPD, ohne daß sich die Parteipräferenzen innerhalb dieser Stammwählerschaften entscheidend verändert hätten. Dies wird bei einer zweidimensionalen Betrachtungsweise offensichtlich. So hat sich die Präferenz der Arbeiterschaft für die SPD im Laufe der Bundestagswahlen nur unwesentlich verändert. Wie oben ausgeführt, haben 1990 im Wahlgebiet West 44% der Arbeiter sozialdemokratisch gewählt, 1961 waren es in der alten Bundesrepublik 45%. Gleichzeitig hat sich aber der Arbeiteranteil an allen SPD-Wählern drastisch verringert. So lag der entsprechende Prozentsatz bei der Bundestagswahl 1990 nur noch bei 38% (Quelle: Nachwahlbefragung), 1961 waren es noch 64%. Auch die Bedeutung der katholischen Wählerschaft für die Union ist in diesem Zeitraum deutlich zurückgegangen.

Damit ist aber noch nicht die von Lipset und Rokkan vorgelegte Erklärung zur Stabilität westlicher Parteiensysteme obsolet geworden, da, wie Alber (1985) gezeigt hat, Konfliktlinien im Falle einer einstmals erfolgreichen Transformation ins Parteiensystem, »selbst dann politisch wirksam bleiben, wenn die ihnen zugrundeliegende Makrokonstellation nicht weiter vorliegt, da organisatorisch konsolidierte Parteien als selbständige Agenten der Mobilisierung wirksam werden können« (Alber 1985: 225).

Die Tauglichkeit des Konzepts zur Erklärung von Wahlergebnissen hängt damit im wesentlichen davon ab, ob das Wahlverhalten der Bevölkerungsgruppen, die unter der Zugrundelegung einer an den klassischen Konfliktstrukturen orientierten Wahlentscheidung nicht unmittelbar erfaßt werden, in den cleavage-Ansatz integriert werden können. Mit anderen Worten: Läßt sich über die Berufsgruppen- und Konfessionszugehörigkeit auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine befriedigende Analyse des Wahlverhaltens vornehmen?

Dies kann rückblickend auf der Grundlage empirischer Analysen zumindest für die alte Bundesrepublik angenommen werden. So unternehmen Kühnel/Terwey (1988) den Versuch, sozialstrukturelle Einflußfaktoren und Determinanten, die die individuelle Parteipräferenz losgelöst von sozialstrukturellen Bindungen zu erklären sucht, einem direkten Vergleich zu unterziehen. Auf der Grundlage multivariater Analysen ergeben sich dabei eindeutige Indizien dafür, daß die Konfliktlinien als Ursache für das Wahlverhalten nach wie vor Relevanz besitzen. Die beiden Autoren kommen daher zu dem Schluß, »daß auch gegenwärtig Wahlverhalten nicht vollkommen losgelöst von der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaft ist und nicht allein durch individuell schwankende Neigungen und Vorlieben bestimmt wird. Die beiden klassischen Konfliktlinien haben weiterhin wahlpolitische Bedeutung« (Kühnel/Terwey 1988: 15).

Damit bleibt nunmehr zu klären, ob sich diese Schlußfolgerungen auch auf die wiedervereinigte Bundesrepublik übertragen lassen, wozu die jüngsten Entwicklungen in Ostdeutschland und deren Auswirkungen auf eine gesamtdeutsche Konfliktstruktur näher erläutert werden müssen.

6. Zur Entwicklung der Konfliktstruktur in Ostdeutschland

Für die Analyse einer potentiellen ostdeutschen Konfliktstruktur, unabhängig davon, ob es sich dabei um eine DDR-spezifische Charakteristik handelt oder um eine sich an die bundesdeutsche Konfliktstruktur annähernde Entwicklung, bietet sich die letzte Volkskammerwahl als Ausgangspunkt der Untersuchung an, da sie die erste freie Wahl in der DDR darstellt und die wahlsoziologischen Zusammenhänge noch weitgehend unbeeinflußt von der gesamtdeutschen Cleavage-Ansatzes zu klären, wie sich das Wahlverhalten bei der 10. Volkskammerwahl unter dem Aspekt der für die Bundesrepublik bekannten Zusammenhänge darstellt.

Berücksichtigt man zunächst das Wahlverhalten der verschiedenen Berufsgruppen, dann dominieren im Vergleich zu der alten Bundesrepublik eindeutig die Unterschiede. Die markanteste Differenz stellt dabei die bereits erwähnte Parteipräferenz der Arbeiterschaft dar. Im Gegensatz zur alten Bundesrepublik wird die Allianz für Deutschland, die aus der CDU, der DSU und dem DA besteht und somit eine konservative Wirtschaftspolitik repräsentiert, bei der Arbeiterschaft eindeutig stärkste Partei. Dabei schneidet die Allianz auch wesentlich besser ab als in der Gesamtheit, d. h. sie erzielt unter den Arbeitern mit 55% ein noch 7 Prozentpunkte über dem Landesergebnis liegendes Resultat. Die PDS erreicht dagegen gerade einmal 12% gegenüber 16,4% insgesamt, und die SPD erhält in dieser in westlichen Demokratien überdurchschnittlich stark mit linken Parteien assoziierten Berufsgruppe ebenfalls nur dem Landesergebnis entsprechende Unterstützung.

Die zu diesem Zeitpunkt noch zur Klassifikation benutzte Gruppe der Intelligenz, die man vereinfacht ausgedrückt als sozialistische Bourgeoisie bezeichnen könnte, entwickelt demgegenüber deutliche Präferenzen für linke Parteien. Die Allianz für Deutschland erhält hier nur 28% gegenüber 48% insgesamt, die SPD kommt auf 23% und die PDS erreicht sogar 31%. Man könnte demnach, in Umkehrung der aus der Bundesrepublik bekannten Zusammenhänge festhalten, daß bei der ersten freien Wahl in der DDR mit abnehmender beruflicher Stellung die Präferenz für konservative Parteien zunimmt. Die einzig erkennbare Parallele zwischen BRD und DDR stellt die in der DDR allerdings sehr kleine Gruppe (etwa 5% aller Berufstätigen) der Selbständigen dar, die in beiden deutschen Staaten gleichermaßen eindeutige Präferenzen für konservative Parteien aufweisen, während die politischen Vertreter linker Wirtschaftskonzepte hier weit unterdurchschnittliche Unterstützung erhalten.

Im Gegensatz zu dieser deutlich im Widerspruch zu den bundesdeutschen Konfliktstrukturen stehenden Ergebnissen zeigt die Betrachtung der zweiten in der BRD wirksamen Konfliktdimension auch in der DDR eindeutige und in die gleiche Richtung weisende Zusammenhänge.

Unter den Katholiken, die in der DDR allerdings nur ca. 5% der Bevölkerung stellten, zeigt sich eine weit überdurchschnittliche Präferenz für die Allianz für Deutschland, 73% haben in dieser Gruppe die CDU, die DSU oder den DA gewählt. Auf die SPD entfallen dagegen nur 12%, auf die PDS nur 5%. Darüber hinaus erhält die Allianz auch bei den Protestanten mit 62% die absolute Mehrheit der Stimmen, die SPD erreicht hier 21% und die PDS wiederum 5%. Die konfessionslosen Wähler, deren Anteil in der DDR weit über 50% lag, weisen demgegenüber keine einheitlichen Parteipräferenzen auf. Die Allianz erreicht hier nur 37%, die SPD erhält 24% und die PDS wird von 25% präferiert.

Damit gilt für die DDR in Anbetracht des antagonistischen Verhältnisses von Sozialismus und Kirche noch stärker, als dies in den letzten Jahren auch für die BRD sichtbar wurde, daß es sich weniger um eine konfessionelle als vielmehr um eine religiöse Konfliktlinie handelt. Diese hat zweifellos, nicht zuletzt gefördert durch staatliche Sanktionsmaßnahmen gegenüber konfessionell Gebundenen, einen wichtigen Einfluß auf das Wahlverhalten ausgeübt. Im Gegensatz zur BRD, in der katholische bzw. religiös orientierte Arbeiter eine der interessantesten Gruppen der Wahlsoziologie darstellen, weil ihr Wahlverhalten über ihre sozialstrukturelle Position in zwei unterschiedliche Richtungen beeinflusst wird, repräsentieren damit in der DDR religiös orientierte Arbeiter eindeutig eine wichtige Stütze der CDU.

Die Anwendbarkeit des cleavage-Modells nach westlichem Muster weist in der DDR also dialektische Züge auf. Während die Zusammenhänge bezüglich des berufsgruppenspezifischen Wahlverhaltens nicht den Schluß nahelegen, daß sich in der DDR Strukturen im Sinne eines konfliktlinienbezogenen Wahlverhaltens etabliert haben, sind die entsprechenden Zusammenhänge im Hinblick auf konfessionelle bzw. religiöse Unterschiede im Wahlverhalten in der DDR geradezu beispielhaft ausgeprägt.

Gerade aus der Perspektive von Rokkan und Lipset kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, daß diese Strukturen unbeeinflusst von der Wiedervereinigung geblieben sind. Schließlich basiert ihr Konfliktlinienmodell auf der Annahme, daß die Anbindung makrosozialer Gruppen an bestimmte Parteien aus bedeutsamen gesellschaftlichen Umbrüchen resultiert. Unter diesem Gesichtspunkt wurde ja für die alte Bundesrepublik bereits das Entstehen der Grünen durch die Folgen der Bildungsexpansion in das cleavage-Modell zu integrieren versucht.

Für die Strukturen in der DDR würde dies dann analog dazu bedeuten, daß die Folgen der Wiedervereinigung, die in der DDR wesentlich weitreichendere Konsequenzen für das politische und gesellschaftliche System mit sich brach

ten als in der BRD, durchaus zu gravierenden Veränderungen der Parteipräferenzen führen konnten. Andererseits könnte die fortdauernde Deprivilegierung ganzer Bevölkerungsgruppen in der DDR, insbesondere der Arbeiterschaft und konfessionell gebundener Wähler, aber auch Strukturen implementiert haben, die die Parteipräferenzen der benachteiligten Gruppen längerfristig, d. h. selbst über das Ende des sie unterdrückenden Systems hinaus prädeternierten. Dann aber würde sich auch in den nächsten Jahren nur bedingt eine Angleichung des Wahlverhaltens zwischen Ost- und Westdeutschland selbst bei sich in vergleichbaren sozio-ökonomischen Positionen befindlichen Personen ergeben.

Diese Vermutung findet sich durch die Entwicklung nach der Volkskammerwahl bestätigt. Vergleicht man die Unterstützung der Arbeiterschaft für die Allianz für Deutschland bei der Volkskammerwahl mit der Präferenz der Arbeiter für die CDU⁷ bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, dann ist die Unterstützung der CDU durch die Arbeiter sogar noch angewachsen. Bei der Volkskammerwahl lag der entsprechende Index bei 115, bei der Bundestagswahl dagegen bei 119. Gleiches gilt auch für den Anteil der CDU bei den Katholiken, der mit dem Indexwert von 157 bei der Bundestagswahl ebenfalls höher ausfällt als bei der Volkskammerwahl, wo der entsprechende Index für die Allianz für Deutschland bei 152 liegt.

Angesichts dieser zumindest mittelfristig etablierten Parteibindungen, die zumindest teilweise den aus der BRD bekannten Strukturen zuwiderlaufen und deren Gültigkeit somit in Frage stellen, gilt es nun das Konfliktlinienmodell von Lipset und Rokkan einer abschließenden empirischen Überprüfung zu unterziehen, die auf der Grundlage aktueller Daten eine Beurteilung darüber ermöglicht, ob es sich angesichts der bislang geschilderten Entwicklungen für die Wahlsoziologie als hilfreich erweist, am Cleavage-Ansatz festzuhalten.

7. Konfliktlinien und Wahlverhalten im vereinten Deutschland

7.1 Methodische Vorbemerkungen

Das zur Überprüfung der Tauglichkeit des Konfliktlinienkonzepts konstruierte Modell setzt sich aus drei Teilschritten zusammen: Als erstes wird mit Hilfe einer logistischen Regression⁸ der Einfluß der Konfliktstruktur auf die gegenwärtigen Parteipräferenzen in der alten Bundesrepublik errechnet und zu Vergleichszwecken mit alternativen Determinanten der Wahlforschung kontrastiert. Das gleiche Modell wird anschließend auch auf Parteipräferenzen in den neuen Bundesländern übertragen und schließlich wird dieses Modell auch für

⁷ Das Bündnis Allianz für Deutschland existierte nicht mehr; der DA war praktisch geschlossen in die CDU eingetreten und die DSU spielte angesichts der Übermacht der CDU nur noch eine untergeordnete Rolle

⁸ Eine detailliertere Schilderung der Logik logistischer Regressionsmodelle findet sich u. a. bei Urban (1990).

die vereinte Bundesrepublik überprüft. Daraus wird erkennbar, ob das Modell von Lipset und Rokkan zumindest wie in vergangenen Jahrzehnten das Wahlverhalten in der alten Bundesrepublik erklären kann, ob es sich möglicherweise auch auf die inzwischen sowohl gesellschaftlich als auch politisch stärker in das System der BRD integrierte neuen Bundesländer anwenden läßt und ob, selbst bei für Ost und West abweichenden Mustern der Präferenzen, angesichts der quantitativ ungleich größeren Bedeutung der alten BRD, auch für künftige Bundeswahlen auf das cleavage-Modell zurückgegriffen werden kann.

Als Datenbasis hierzu dienen die Politbarometerbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen vom Januar 1993. Dabei wurden im Westen 1057, im Osten 1143 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte mit weitgehend identischen Fragebögen interviewt. Für Gesamtdeutschland ergeben sich daraus bei anteilmäßiger Gewichtung der ostdeutschen Befragten 1327 Interviews. Der den Interviews zugrundeliegende Fragebogen beinhaltet neben Daten zu politischen Präferenzen auch Fragen zu individuellen Einstellungen und Wertorientierungen sowie soziodemographische Angaben.

Einschränkend muß hierzu allerdings erwähnt werden, daß es sich bei den hierbei gemessenen Parteipräferenzen nicht um tatsächlich ausgeübtes Wahlverhalten, sondern um eine aktuelle Stimmungslage handelt, die stärker situativen Einflüssen unterworfen ist als dies beim realen Wahlverhalten der Fall ist. Außerdem liegt der Meßzeitpunkt fast genau zwischen zwei Bundestagswahlen, so daß sich hier durchaus Abweichungen vom bei der nächsten Bundestagswahl zu erwartenden Wahlverhalten ergeben können. Wir schließen uns hier deshalb auch Kühnel/Terwey an, die darauf hinweisen, daß es sich bei solchen Wahlabsichtsfragen lediglich um »ein bestimmtes Stimmungsbild für den spezifischen Erhebungszeitraum« (Kühnel/Terwey 1988: 2) handelt.

Dieses Stimmungsbild ergibt im Westen für die SPD im Januar 1993 einen Anteil an den gültigen Stimmen von 39%, für die CDU/CSU sind es 34%, auf die Grünen entfielen 14%, auf die FDP 6% und auf die Republikaner 4%. Prozentuiert man auf die Wahlberechtigten, dann würden 15% der Befragten der nächsten Bundestagswahl fernbleiben. In den neuen Bundesländern würde die SPD 38% der gültigen Stimmen erhalten, die CDU 27%, das Bündnis '90/Grüne würde von 9% der Wählerschaft unterstützt, die FDP von 7%, die PDS von 9% und die Republikaner von 2%. Der Anteil der potentiellen Nichtwähler an den Wahlberechtigten beträgt in der ehemaligen DDR 21%. Für die ganze Bundesrepublik ergibt die aktuelle Stimmungslage 39% für die SPD, 33% für die Union, 13% für die Grünen, 6% für die FDP, 4% für die Republikaner und 2% für die PDS. Der Anteil der möglichen Nichtwähler liegt im Januar bei 17%.

Unter Berücksichtigung der Einschränkung, daß es sich um aktuelle Stimmungslagen handelt, erscheint es auf dieser Datengrundlage möglich und sinnvoll zu untersuchen, welchen Einfluß die Konfliktlinien im Vergleich zu anderen Variablen heute noch auf die Wahlabsicht ausüben.

Zu diesem Zweck werden folgende Variablen in die Modellanalyse aufgenommen: Die Konfession sowie die Kirchengangshäufigkeit als Indikatoren der konfessionell-religiösen Konfliktlinie, die Berufsgruppenzugehörigkeit⁹ und Gewerkschaftsmitgliedschaft als Ausdruck des Klassenkonflikts, Ortsgröße und regionale Einteilung anhand der Bundesländer zur Kontrolle von Stadt-Land-Unterschieden und Nord-Süd-Gefälle, das Alter der Befragten, Einstellung zum Sozialismus und Zufriedenheit mit der Demokratie als Indikatoren ideologischer Grundüberzeugungen, sowie die Beurteilung der Entwicklung der deutschen Einheit, der subjektiven Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit und der eigenen wirtschaftlichen Lage als Ausdruck am materiellen Wohlergehen orientierter rationaler Einstellungsmuster.

Diese Modelle werden mittels multipler logistischer Regressionen getestet, »einem Verfahren zur statistischen Schätzung der Einflußstärke von einer oder mehreren unabhängigen Variablen auf eine einzige abhängige Variable, wobei diese abhängige Variable qualitativer Natur ist, d. h. ihre Merkmalsausprägungen entweder binomial (binär) oder multinomial skaliert sind« (Urban 1990: 36). Dieses Verfahren erscheint uns deshalb am besten geeignet, weil wir im folgenden den Versuch unternehmen werden, nicht, wie sonst häufig praktiziert, den Einfluß bestimmter Faktoren auf das Wahlverhalten insgesamt zu messen, sondern zu untersuchen, welche sozialstrukturelle Positionen und individuelle Einstellungen sich besonders positiv oder auch negativ für die Wahlabsicht einer ganz bestimmten Partei auswirken. Ein solcher Vergleich wird durch logistische Regressionsmodelle vor allem deshalb möglich, weil bei der Berechnung der einzelnen Koeffizienten der Einfluß der anderen Modellvariablen kontrolliert wird.

Wir gehen davon aus, daß dieses Verfahren dem Ansatz von Lipset und Rokkan besonders gerecht wird, da die von ihnen aufgezeigten Konfliktlinien ja auch nur zumeist die Anbindung einer bestimmten, von einem Konflikt tangierten, makrosozialen Gruppe an eine bestimmte Partei impliziert. Dementsprechend ergibt sich beispielsweise aus dem konfessionellen Konflikt nur die Präferenz der Katholiken für die Union. Wie sich bei einem Mehrparteiensystem die Nichtkatholiken entscheiden, geht daraus aber nicht hervor. Insofern könnte also der Zusammenhang zwischen Katholiken und Unionspräferenz sehr hoch sein. Bei gleichzeitig zufälliger Verteilung der Nichtkatholiken auf alle anderen Parteien bliebe der konfessionelle Einfluß auf das Wahlverhalten insgesamt dennoch gering. Um diese Verzerrung auszublenden wird deshalb im

⁹ Um das Modell so übersichtlich wie möglich zugestaltet, wurde, da aus theoretischer Perspektive des cleavage-Modells der Berufsgruppenzugehörigkeit immense Bedeutung zukommt und gleichzeitig für Deutschland eine hohe Korrelation zwischen beruflicher Stellung und Bildungsabschluß zu verzeichnen ist, (vgl. bspw. Müller 1977), zur Komplexitätsreduktion auf die Bildungsvariable verzichtet.

folgenden der Einfluß der aufgeführten Faktoren durch die Kontrastierung jeweils einer Partei gegenüber allen anderen Alternativen überprüft. Diese Alternativen beinhalten dabei auch die Möglichkeit der Nichtwahl, da so überprüfbar wird, ob die Einbindung in bestimmte soziale Strukturen oder individuelle Kognitionen die Tendenz zur Stimmhaltung fördern oder dem entgegenwirken.

Das von uns gewählte Verfahren erscheint auch deshalb von besonderem Interesse, weil gerade die Ausweitung des Parteiensystems zur verstärkten Kritik am Konfliktlinienmodell geführt hat. Mit dem von uns verwendeten Verfahren wird in diesem Kontext überprüfbar, ob und wenn ja, wie sich der cleavage-Ansatz auch zur Erklärung der Wahlabsicht anderer, ursprünglich nicht berücksichtigter Parteien verwenden läßt.

Da das Verfahren der logistischen Regression auch für die unabhängigen Variablen Kontrastgruppen für den Fall voraussetzt, daß sich um kategoriale Daten handelt, werden in den Modellen folgende Referenzkategorien verwendet: Katholische Konfessionszugehörigkeit, protestantische Konfessionszugehörigkeit, häufiger Kirchgang, Orte bis 20.000 Einwohner, Baden-Württemberg und Bayern im Westen sowie Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Osten (für das gesamte Bundesgebiet muß naheliegenderweise auf diesen Faktor verzichtet werden), Befragte ab 60 Jahren, Berufstätige, die nicht zur Arbeiterschaft gehören, gewerkschaftlich nicht Organisierte, Ablehnung gegenüber dem Sozialismus, Zufriedenheit mit der Demokratie, positive Bewertung der Entwicklung des Einheitsprozesses, subjektive Arbeitsplatzsicherheit bzw. die Nichtbetroffenheit von dieser Problematik und positive Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage.¹⁰ Unter der Bedingung, daß für alle diese Variablen valide Antworten vorliegen, verbleiben für den Westen 951 Fälle, für den Osten 1.118 Fälle und für Gesamtdeutschland 1.213 Fälle.

7.2 Die Bedeutung sozialer Konfliktlinien für die individuelle Parteipräferenz

7.2.1 Determinanten einer CDU/CSU-Präferenz

Die in Tabelle 1 dargestellten Koeffizienten, die die Bestimmungsgründe für eine Unionspräferenz repräsentieren, zeigen für Westdeutschland im Hinblick auf die Bedeutung der Konfliktlinien ein erstaunliches Bild: den größten Einfluß auf die Präferenz zugunsten der Union übt nämlich die Kirchgangshäufigkeit aus und zwar erwartungsgemäß dahingehend, daß Befragte mit häufigem Kirchgang eindeutig die Union bevorzugen. Interpretiert man die Kirchgangshäufigkeit als Indikator für das Ausmaß der tatsächlichen Betroffenheit, dann kann mit diesem Ergebnis zweifellos festgehalten werden, daß der Religionskonflikt nach wie vor die wichtigste Variable zur Erklärung einer CDU/CSU-Präferenz darstellt. Dies umso mehr, als auch die formale Zugehörigkeit zur

¹⁰ Der Anhang 1 enthält eine tabellarische Darstellung der verwendeten Variablen und deren Operationalisierung für das Modell der logistischen Regression.

katholischen Kirche die Nähe zur Union in signifikantem Umfang positiv beeinflusst.

Die Relevanz der Konfliktlinien für das Wahlverhalten dokumentiert sich darüber hinaus auch in der Tatsache, daß Befragte, die nicht zur Arbeiterschaft gehören, wesentlich stärker zur CDU/CSU tendieren als Wahlberechtigte aus der Arbeiterschaft. Daneben erhöht auch die negative Einschätzung des Sozialismus, die positive Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland die Wahrscheinlichkeit für eine CDU/CSU-Präferenz im Westen in signifikantem Maße.

Tabelle 1: Kontrastmodell CDU/CSU (Ost: CDU)						
	West		Ost		Gesamt	
	B	S. E.	B	S. E.	B	S. E.
Kath.	.664	.284	1.363*	.319	.544	.216
Prot.	.433	.279	.941*	.178	.35	.209
Kirchgang	.871	.227	-.200	.367	.780	.204
Ort	.103	.167	.349*	.166	.20	.145
Region	-	.178	.189	.179	---	--
Alter	.363	.198	-.288	.207	.315	.165
Beruf	.507	.214	-.112	.169	.264	.172
Gewerksch.	.195	.190	.281	.182	.191	.164
Sozialism	.742	.282	1.091*	.213	.940	.242
Vereinig.	.490	.299	.382	.245	.497	.255
Demokr.	.544	.175	1.002*	.166	.530	.149
Sure -	-	.288	-.144	.226	-	.252
Wirtschaftsl.	.563	.173	.304	.172	.402	.149
Log Likelih.	476.24		483.25		610.00	
Chi-Square	40.52		87.64		54.00	
df	13		13		12	
pseudo R	.08**		.15**		.08**	
Square	193		192		258	
n=	193		192		258	

*=Koeffizient ist auf dem 5%-Niveau signifikant
 **=Die im Modell erreichte Chi²-Reduktion ist auf dem 5%-Niveau signifikant

Im Osten ergeben sich hiervon zum Teil abweichende Determinationseffekte. So wirkt sich zwar noch stärker als im Westen formale Konfessionszugehörigkeit eindeutig positiv auf eine CDU-Präferenz aus, der Einfluß der Kirchgangshäufigkeit macht sich allerdings im Osten dahingehend bemerkbar, daß, im deutlichen Kontrast zum Westen, hohe Kirchgangshäufigkeit die Wahrscheinlichkeit einer CDU-Wahlabsicht senkt. Auffallend ist auch, daß die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft im Osten die Präferenz für die CDU steigert. Dieser seit der Volkskammerwahl 1990 zu beobachtende Effekt ist zwar im hier vorlie-

genden Modell nicht mehr signifikant, es zeigt sich aber dennoch, daß die Arbeiterschaft im Osten nach wie vor stärker zu konservativ-bürgerlichen Parteien neigt als zu Parteien des linken Spektrums. Darüber hinaus wird die Stimmung für die CDU in den neuen Ländern vor allem von einer Aversion gegen sozialistische Ordnungsvorstellungen und einer günstigen Beurteilung der Demokratie positiv beeinflusst. Auch Befragte, die in Orten bis zu 20.000 Einwohner leben, präferieren signifikant häufiger die CDU als Befragte aus größeren Städten.

Betrachtet man nun die sich aus der Kombination von Ost- und Westdeutschland ergebenden Konsequenzen für die Determinanten im vereinten Deutschland, dann wird die Entscheidung zugunsten der CDU vor allem von zwei Faktoren determiniert: Der ablehnenden Haltung gegenüber dem Sozialismus sowie einer hohen Kirchgangshäufigkeit. Damit kann also für die CDU/CSU in Anlehnung an die Ergebnisse Pappis (1986) auch für die größer gewordene Bundesrepublik festgehalten werden, daß die Kirchenbindung nach wie vor Auskunft darüber gibt, ob jemand die Union präferiert oder eher zu laizistischen Parteien tendiert. Daneben beeinflusst im vereinten Deutschland die formale Mitgliedschaft in der katholischen Kirche sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie, der eigenen Wirtschaftslage und dem Verlauf des Einigungsprozesses die Affinität zur Union in signifikantem Maße positiv.

	West		Ost		Gesamt	
	B	S. E.	B	S. E.	B	S. E.
Kath. -	-.261	.227	-.744*	.369	-.107	.181
Prot. -	-.028	.215	.025	.157	.140	.165
Kirchgang -	-.508*	.261	-.093	.387	-.564*	.245
Ort -	-.107	.151	-.061	.137	-.198	.132
Region -	-.070	.162	-.225	.139	---	--
Alter	.037	.191	.178	.171	.021	.158
Beruf -	-.130	.176	-.134	.139	-.086	.148
Gewerksch. -	-.320*	.159	-.283*	.145	-.372*	.139
Sozialism -	-.533*	.200	-.303*	.143	-.445*	.164
Vereinig.	.010	.297	.052	.231	.001	.254
Demokr.	.056	.150	.038	.145	.078	.132
Sure	.326	.244	-.127	.184	.135	.212
Wirtschaftsl.	-.403*	.150	-.057	.147	-.217	.133
Log Likelih.	564.57		664.61		714.89	
Chi-Square	16.10		11.06		17.68	
df	13		13		12	
pseudo R Square	.03**		.02		.02**	
n=	277		327		347	

7.2.2 Determinanten einer SPD-Präferenz

Auch die Wahlabsicht zugunsten der SPD bleibt in Westdeutschland weiterhin von den klassischen Konfliktstrukturen beeinflusst. Sowohl die Kirchgangshäufigkeit als auch die Gewerkschaftsmitgliedschaft, die als Ausdruck der individuellen Betroffenheit vom Religions- bzw. Klassenkonflikt interpretiert werden können, determinieren in signifikantem Maße die Präferenz für die SPD, wobei sich die kirchliche Bindung negativ, die gewerkschaftliche Bindung dagegen positiv auf die Nähe zur SPD auswirkt. Daneben üben auch die Unzufriedenheit mit der eigenen Wirtschaftslage sowie die überdurchschnittliche Akzeptanz sozialistischer Ordnungsvorstellungen einen positiven Einfluß auf eine SPD-Präferenz aus. Bezüglich der Berufsgruppenzugehörigkeit bleibt dagegen festzuhalten, daß die bloße Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft die Nähe zur SPD kaum mehr positiv beeinflusst. Berücksichtigt man dagegen die gewerkschaftliche Bindung als Ausdruck eines entsprechenden Klassenbewußtseins, dann erweist sich der Klassenkonflikt für Westdeutschland nach wie vor als eines der wichtigsten Entscheidungskriterien für die Wahlabsicht zugunsten der SPD.

In den neuen Bundesländern ergeben sich auch im Falle der SPD zum Teil andere Gewichte der verschiedenen Determinanten des Wahlverhaltens. Im Osten geht der größte Einfluß von der formalen Mitgliedschaft in der katholischen Kirche aus, die sich auch in den neuen Bundesländern negativ auf eine SPD-Affinität auswirkt. Eine Nähe zu sozialistischen Ordnungsvorstellungen sowie die gewerkschaftliche Bindung erhöhen dagegen in signifikantem Maße die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahlabsicht. Im Gegensatz dazu gilt im Osten nach wie vor, daß die Arbeiterschaft aus der ehemaligen DDR noch immer eine unterdurchschnittliche Präferenz für die SPD aufweist. Größeren Einfluß übt darüber hinaus noch die Regional-Variable aus. Wie Emmert (1991) für die Volkskammerwahl nachgewiesen hat, existiert auch für die ehemalige DDR ein Nord-Süd-Gefälle, in dem die SPD in den nördlicheren Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie insbesondere in der ehemaligen Hauptstadt der DDR größere Unterstützung erhielt als im Süden. Dies hat sich zumindest tendenziell bis heute gehalten, denn bei den Befragten in den südlicheren Bundesländern zeigt sich eine größere Distanz zur SPD.

Für die vereinigte Bundesrepublik gilt im Falle der SPD, daß die wichtigsten Determinanten der Wahlabsicht mit denjenigen in den alten Bundesländern nahezu identisch sind, womit sich auch für das vereinte Deutschland eine Relevanz der klassischen Konfliktlinien im Hinblick auf eine Wahlentscheidung für die SPD ergibt. Denn neben der individuellen Haltung gegenüber dem Sozialismus determinieren sowohl die Kirchgangshäufigkeit als auch die gewerkschaftliche Bindung die Nähe zur SPD in signifikantem Umfang. Dabei erhöht analog zum Westen Gewerkschaftsmitgliedschaft die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahl, häufiger Kirchgang dagegen senkt diese Wahrscheinlichkeit. Damit lassen sich die wichtigsten Determinanten für die Stellung zur SPD

auch im vereinigten Deutschland als Indikatoren der von Lipset und Rokkan aufgezeigten Konfliktlinien interpretieren. Da wir bereits für die Union zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen sind, ist zumindest für die beiden großen Volksparteien an dieser Stelle festzuhalten, daß die Grundannahmen des cleavage-Ansatzes auch im vereinten Deutschland weiterhin Gültigkeit besitzen.

7.2.3 Determinanten einer FDP-Präferenz

Daß das Konfliktlinienmodell auch über die Entstehung von Koalitionen zwischen bestimmten makrosozialen Gruppen und den beiden großen Parteien hinaus auch zur Erklärung der Wahlabsicht für die kleineren Parteien einen eigenständigen Beitrag leisten kann, wird bei der Betrachtung der in Tabelle 3 dargestellten Determinanten für eine FDP-Präferenz deutlich. Die größte Separierungskraft der in unserem Modell verwendeten Variablen für eine Entscheidung für oder gegen die FDP besitzt im Westen die Frage nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Bei Befragten, die keiner Gewerkschaft angehören, ist die Wahrscheinlichkeit einer FDP-Wahlabsicht ungleich größer als bei gewerkschaftlich Organisierten. Gleichzeitig ist dies der einzig signifikante Regressionskoeffizient im westdeutschen FDP-Modell überhaupt. Die Relevanz der von den Konfliktlinien ausgehenden Wirkung wird außerdem dadurch unterstrichen, daß unter Vernachlässigung der fehlenden Signifikanzen der Kirchengangshäufigkeit die zweitgrößte Bedeutung für die Wahlabsicht zugunsten der FDP zukommt, niedriger Kirchengang verstärkt die FDP-Präferenz. Demnach gilt es für Westdeutschland zu konstatieren, daß die Präferenz für die FDP steigt, wenn die Befragten im direkten Widerspruch zu einer durch einen gesellschaftlichen Konflikt an eine bestimmte Partei gebundenen makrosoziale Gruppe stehen. So wirkt sich gewerkschaftliche Nichtorganisation als Gegenstück zur Koalition von Gewerkschaftsmitgliedern und SPD relativ gesehen positiver für die FDP als für die CDU/CSU aus, und ebenso profitiert die FDP stärker als die SPD von einer Distanz zu den Kirchen, insbesondere, wenn man hierfür den Indikator Kirchengangshäufigkeit analysiert. Die Präferenz für die FDP steigt im Westen außerdem bei Befragten, die mit der eigenen ökonomischen Situation zufrieden sind, sowie bei jüngeren Befragten.

Auch in den neuen Bundesländern lassen sich für die Nähe zur FDP Effekte aus den die Konfliktlinien repräsentierenden Variablen konstatieren. So geht der größte Einfluß im vorliegenden Modell von der formalen Mitgliedschaft in der katholischen Kirche aus, der sich auch im Osten negativ auf eine Wahlabsicht für die FDP auswirkt. Im Gegensatz dazu steigt aber die Präferenz für die FDP im Falle protestantischer Kirchenzugehörigkeit. Neben der Zufriedenheit mit der Demokratie, der Ablehnung sozialistischer Ideale sowie einer beruflichen Stellung außerhalb der Arbeiterschaft und keiner gewerkschaftlichen Bindung, die wie im Westen allesamt die Affinität zur FDP positiv beeinflussen, fällt im Kontrast zu den alten Bundesländern auf, daß Befragte, die

	West		Ost		Gesamt	
	B	S. E.	B	S. E.	B	S. E.
Kath.	-.367	.435	-.582	.772	-.238	.377
Prot.	-.263	.414	.439	.303	.061	.061
Kirchgang	-.675	.629	-.136	.652	-.595	.091
Ort	-.039	.323	.495	.293		
Region	.137	.329	.345	.317	---	--
Alter	-.570	.460	-.021	.345	-.515	.021
Beruf	.125	.409	.416	.302		
Gewerksch.	1.045*	.450	.398	.325	.915*	.185
Sozialism	.091	.457	.321	.335	-.027	.269
Vereinig.	-.031	.621	.400	.399		
Demokr.	.162	.328	.530	.291	.103	.513
Sure	.166	.554	-.422	.379	.284	
Wirtschaftsl.	.642	.346	.125	.296		
Log Likelih.	178.37		213.11		235.74	
Chi-Square	8.78		12.05		9.06	
df	13		13		12	
pseudo R	.05		.06**		.04	
n=	47		57		62	

ihren Arbeitsplatz für sicher halten, deutlich seltener zur FDP tendieren als Befragte, die eine Gefährdung ihres Arbeitsplatzes wahrnehmen. Umgekehrt fördert anders als im Westen die positive Beurteilung des Einigungsprozesses im Osten die Präferenz für die FDP.

Für die vereinigte Bundesrepublik zeigt sich für die FDP-Präferenz, daß in erster Linie die in den alten Bundesländern bedeutsamen Faktoren Relevanz für die Nähe zu den Liberalen besitzen. So ist die Frage nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft auch in Gesamtdeutschland die wichtigste und gleichzeitig allein signifikante Variable für die Nähe zur FDP. Darüber hinaus tendieren vor allem Befragte, die selten zur Kirche gehen, die mit ihrer Wirtschaftslage zufrieden sind sowie jüngere Befragte stärker zur FDP.

7.2.4 Determinanten einer Grünen-Präferenz

Für die Wahlabsicht zugunsten der Grünen in Westdeutschland spielt, wie dies aus Tabelle 4 hervorgeht, das Alter der Befragten die wichtigste Rolle, jüngere Westdeutsche tendieren signifikant häufiger zu den Grünen als Befragte ab 60 Jahren. Neben diesem demographischen Faktor wird auch die Wahlabsicht für die Grünen stark von den sozialen Konfliktlinien determiniert. So wird die Präferenz für die Grünen von einer deutlichen Distanz zu den Kirchen geprägt

wobei sich formale Kirchenmitgliedschaft, insbesondere bezüglich der katholischen Kirche, noch negativer für die Grünen auswirkt als die tatsächliche Kirchgangshäufigkeit. Auch bezüglich der Berufsstruktur ergeben sich unterschiedliche Präferenzen für die Grünen, Arbeiter sympathisieren mit dieser Partei nach wie vor wesentlich seltener als andere Berufstätige. Andererseits wirkt sich gewerkschaftliche Bindung positiv auf die Wahlabsicht für die Grünen aus. Anders als bei der SPD verstärken sich also bei den Grünen die Einflüsse von Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft und zu einer Gewerkschaft nicht gegenseitig, sondern stehen in einem quasi dialektischen Verhältnis zueinander. Im übrigen zeigt sich aber in unserem Modell, daß zumindest die Wähler der Grünen sehr wohl im politisch-ideologischen Sinne im LinksRechts-Schema zu verorten sind und nicht, wie dies in der Literatur häufig dargestellt wird, »die alten politischen Kategorien 'links' und 'rechts' zunehmend an Bedeutung für die Einordnung politischer Parteien« (Veen 1984: 3) verlieren. Denn der Einstellung zum Sozialismus kommt für die Nähe zu den Grünen eine wichtige Funktion zu. Befragte mit einer positiven Haltung gegenüber dem Sozialismus tendieren wesentlich stärker zu den Grünen als Befragte, die sozialistischen Idealen negativ gegenüber stehen. Die Wähler der Grünen sind außerdem überdurchschnittlich häufig mit ihrer persönlichen Wirtschaftslage zufrieden, was angesichts der ihnen häufig zugeschriebenen Statusinkonsistenzen zumindest auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen mag. Andererseits relativiert sich dieser vermeintliche Widerspruch, wenn man berücksichtigt, daß den Anhängern der Grünen auch weit überdurchschnittlich postmaterialistische Attitüden zugeschrieben werden (vgl.: Veen 1984: 9f.), die ihrerseits dazu führen, daß ökonomische Aspekte eine geringere Relevanz besitzen.

Auch in den neuen Bundesländern dominieren für die Präferenz für oder gegen das Bündnis '90/Grüne andere Faktoren. Neben dem signifikanten Einfluß des Alters, das sich auch in Ostdeutschland bei jüngeren Befragten positiv auf die Nähe zu den Grünen auswirkt, spielen hier weniger die konfliktlinienbedingten Variablen eine Rolle als vielmehr die regionalen und issue-orientierten Faktoren. Besonders die Frustration über den bisherigen Verlauf des Einheitsprozesses fördert die Identifikation mit dem Bündnis '90/Grüne im Osten. Bezüglich der sozialstrukturellen Faktoren geht eine signifikante Wirkung lediglich von der Berufsgruppenzugehörigkeit aus, die sich wie im Westen dahingehend auswirkt, daß Arbeiter der Partei weniger zuneigen als andere Berufsgruppen. Unter Berücksichtigung der Signifikanzen determinieren daneben vor allem Stadt-Land- sowie regionale Unterschiede die Nähe zum Bündnis '90/Grüne. Im Osten werden sie bevorzugt in größeren Städten gewählt, außerdem erfahren sie im Süden der ehemaligen DDR eine wesentlich größere Unterstützung als im Norden. Wie im Westen ergibt auch im Osten eine positive Haltung gegenüber sozialistischen Idealen eine Nähe zum Bündnis 190/Grüne.

Tabelle 4: Kontrastmodell Grünen (Ost: Bündnis '90/Grüne)

	West		Ost		Gesamt	
	B	S.E.	B	S. E.	B	S. E.
Kath.	-.662*	.307	-.180	.650	-.325	.283
Prot.	-.370	.281	.002	.306	.059	.244
Kirchgang	-.092	.387	-.406	.776	-.157	.387
Ort	-.140	.228	-.561*	.261	-.253	.208
Region	.195	.235	.554*	.265	---	--
Alter	-.862*	.371	-1.523*	.449	-1.111*	.322
Beruf	.520	.298	.983*	.298	.648*	.271
Gewerksch.	-.289	.231	.214	.255	.031	.215
Sozialism	-.620*	.267	-.429*	.253	-.727*	.232
Vereinig.	-.001	.458	-2.265*	1.021	-.267	.441
Demokr.	-.053	.221	-.520	.291	.008	.204
Sure	-.336	.322	.084	.334	-.397	.291
Wirtschaftsl.	.313	.228	.346	.255	.417*	.210
Log Likelih.	310.66		252.95		363.88	
Chi-Square	15.48		29.94		23.89	
df	13		13		12	
pseudo R Square	.05**		.11**		.06**	
n=	103		78		118	

Im Gegensatz dazu kommt der konfessionellen Bindung im Osten keine vergleichbare Bedeutung wie im Westen zu. Stellten Kühnel/Terwey 1988 in Entsprechung der in unserem Modell dargestellten Ergebnisse für die alte Bundesrepublik noch fest, daß sich die Anhänger der Grünen »verstärkt aus dem Lager der Befragten ohne Konfessionsmitgliedschaft und derer, die Religion und Kirche für unwichtig halten" (Kühnel/Terwey 1988: 15), rekrutieren und umgekehrt »im traditionellen Sinne Nichtgläubige ... vielfach eine neue säkulare Bindung zur grünen Partei" haben, so reduziert eine formale Bindung an die katholische Kirche in den neuen Ländern nur leicht die Wahrscheinlichkeit einer Bündnis '90/Grüne-Wahl, die Zugehörigkeit zur protestantischen Kirche fördert sogar, wenn auch nur marginal, die Nähe zum Bündnis '90/Grüne. Darin dokumentiert sich vor allem die historische Nähe der Bürgerbewegungen in der DDR zu den Kirchen, die häufig die Heimat dieser Bewegungen stellten und gleichzeitig eine Schutzfunktion für diese ausübten.

Für Gesamtdeutschland gilt deshalb bezüglich der Grünen auch nur bedingt, daß letztlich die gleichen Strukturen die Wahlabsicht determinieren wie in den alten Bundesländern. Im vereinten Deutschland erweisen sich für die Grünen insbesondere jüngere Befragte, Personen mit einer überdurchschnittlichen Affinität zum Sozialismus, Befragte, die nicht zur Arbeiterschaft gerechnet werden, sowie Personen mit einer Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage als besonders bedeutsam.

	West		Ost		Gesamt	
	B	S. E.	B	S. E.	B	S. E.
Kath.	.842	.780	.719	1.101	1.004	.561
Prot.	.921	.769	-.909	.790	1.017	.536
Kirchgang	-1.739	1.043	-7.526	53.643	-1.368	.958
Ort	.220	.361	-.007	.529	.278	.348
Region	.808*	.376	-.415	.517	---	--
Alter	.219	.497	-1.377	1.090	-.094	.463
Beruf	-1.422*	.365	-.302	.525	-1.312*	.358
Gewerksch.	-.556	.373	.243	.543	-.360	.361
Sozialism	.618	.631	1.175	.657	.679	.575
Vereinig.	-5.824	11.946	-7.590	36.310	-6.697	16.844
Demokr.	-.271	.363	-8.306	20.252	-.363	.354
Sure	-.755	.447	-.031	.687	-.635	.441
Wirtschaftsl.	-.219	.374	.585	.541	-.141	.368
Log Likelih.	129.35		69.43		144.99	
Chi-Square	23.81		14.39		19.60	
df	13		13		12	
pseudo R	.16**		.17**		.12**	
n=	36		16		37	

7.2.5 Determinanten einer Republikaner-Präferenz

Angesichts der Wahlerfolge der Republikaner bei den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sowie der seither anhaltenden Sympathiekundgebungen für rechte Splitterparteien, was sich auch in der Frage nach der Wahlabsicht in den monatlichen Politbarometerumfragen dokumentiert, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit die Präferenz für die Republikaner auch durch soziale Konfliktlinien determiniert wird. Können die Republikaner Wähler an sich binden, die bislang durch die Zugehörigkeit zu bestimmten makrosozialen Gruppen längerfristig an eine der beiden großen Parteien gebunden waren, oder handelt es sich bei den Anhängern der rechten Parteien tatsächlich verstärkt um „Opfer des Modernisierungsschubs“ (Bett 1991: 10), die im Zuge des sozialen Wandels Individualisierungsprozessen ausgesetzt sind, durch die sie aus ihren traditionellen sozialen, gesellschaftlichen und politischen Bindungen herausgelöst werden und die in der Masse erfahrene Isolation mit extremen politischen Orientierungen zu kompensieren versuchen?

Die von uns vorgenommene Modellanalyse kann selbstverständlich nicht den Anspruch erheben, in dieser Frage letzte Klarheit zu schaffen; nichtsdestotrotz lassen sich aber einige eindeutige Tendenzen lokalisieren: Die Ergebnisse der logistischen Regression weisen daraufhin, daß sich die Wähler der Republi-

kaner in ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung stark von den Anhängern der Union unterscheiden. Wie aus den in Tabelle 5 dargestellten Koeffizienten hervorgeht, steigt die Wahrscheinlichkeit einer Republikaner-Wahl in Westdeutschland zwar im Falle von formaler Kirchenbindung insbesondere bei Katholiken; die regelmäßigen Kirchgänger, die ja eine wichtige Stütze der Union stellen, stehen den Republikanern aber sehr distanziert gegenüber. Bedeutsamen und gleichzeitig signifikanten Einfluß auf die Wahlabsicht für die Republikaner hat außerdem die berufliche Stellung. Anders als bei der konfessionellen Konfliktlinie, bei der sich die Anhänger der Republikaner an dem Pol gruppieren, der dem für die Union günstigen Ende der Achse gegenüberliegt, also keineswegs die Stammwählerschaft der CDU/CSU tangieren, zeigt sich bei der Klassenkonfliktlinie, daß die Republikaner überproportional von Arbeitern unterstützt werden und damit eher in das Wählerpotential der SPD eingebrochen sind. Dieses Ergebnis wird noch dadurch unterstrichen, daß die Gewerkschaftsmitgliedschaft die Affinität zu den Republikanern ebenfalls positiv beeinflusst. Hält man an dem von Lipset und Rokkan vorgelegten Konzept fest, wonach die Vermittlung politischer Affinitäten und die Anbindung zwischen makrosozialen Gruppen und politischen Parteien durch Interessen kanalisierende und artikulierende Organisationen wie Kirchen und Gewerkschaften geleistet wird, dann ergibt sich für die potentiellen Wähler der Republikaner bezüglich der dominierenden Konfliktstrukturen ein ambivalentes Bild. Im Hinblick auf den religiös-konfessionellen Konflikt stellen sie sich tatsächlich insofern als enttraditionalisierte Bevölkerungsgruppe dar, als sie zwar im Hinblick auf ihre formalen sozialstrukturellen Merkmale als potentielle Wähler der Union definiert werden könnten, die aber mangels tatsächlicher Affinitäten zu den Parteibindungen vermittelnden Institutionen, also den Kirchen, über die existierenden Konfliktlinien nicht über eine langfristig internalisierte Parteibindung verfügen. Im Hinblick auf den Klassenkonflikt läßt sich diese These allerdings nicht aufrechterhalten. Hier profitieren die Republikaner eindeutig vom gleichen Wählerpotential wie die SPD.

Die nominal größte Bedeutung für die Nähe zu den Republikanern erlangt im Westen aber ein Faktor, der bei keiner anderen Partei im Westen einen annähernd vergleichbaren Einfluß auf die Entscheidung für oder gegen die jeweilige Partei besitzt. Bei den Republikanern kommt der Zufriedenheit mit der bisherigen Entwicklung des Vereinigungsprozesses gravierende Bedeutung zu. Befragte, die mit dieser Entwicklung bislang nicht zufrieden sind, tendieren starker zu den Republikanern als Befragte mit einer positiven Einschätzung der Entwicklungen im Zuge der Deutschen Einheit. Einschränkend muß allerdings erwähnt werden, daß der entsprechende Koeffizient nicht signifikant ist.

Auch die Präferenzen für die Republikaner in Ostdeutschland folgen zum Teil anderen Bestimmungsgründen, wobei aufgrund der niedrigen Fallzahl die Ergebnisse allerdings nur vorsichtig interpretiert werden dürfen und schließlich auch nicht zuletzt deshalb keine signifikanten Koeffizienten berechnet werden

konnten. Wichtigster Einflußfaktor in den neuen Ländern ist die Beurteilung der Demokratie. Befragte, die die Demokratie in Deutschland kritisch beurteilen, tendieren mit größerer Wahrscheinlichkeit zu den Republikanern als Befragte mit einer positiven Einstellung zur Demokratie. Wie in den alten Bundesländern korreliert die Nähe zu dieser Partei auch im Osten deutlich mit einer unterdurchschnittlichen Kirchengangshäufigkeit, gleichzeitig hebt aber die formale Zugehörigkeit zum Katholizismus auch in den neuen Ländern die Präferenz für die Republikaner. Die Unzufriedenheit über den bisherigen Verlauf des Einigungsprozesses ist auch im Osten ein wichtiger Bestimmungsgrund für die Nähe zu dieser Partei, ebenso wie die Distanz zum Sozialismus eindeutig die Präferenz für die Republikaner fördert. Anders als im Westen weisen hier allerdings jüngere Befragte eine größere Affinität zu den Republikanern auf. Darüberhinaus besteht im Osten auch ein positiver Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation und der Präferenz für die Republikaner.

Für Gesamtdeutschland ergeben sich abermals deutliche Parallelen zur alten Bundesrepublik. Die Zugehörigkeit zu einer der christlichen Kirchen bei gleichzeitig niedriger Kirchengangshäufigkeit erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Wahlabsicht zugunsten der Republikaner ebenso wie die Enttäuschung über den Zustand des demokratischen Systems und den Ergebnissen der deutschen Vereinigung. Als einzig signifikanter Einflußfaktor stellt sich für ganz Deutschland aber die berufliche Stellung dar, wie im Westen tendieren Arbeiter wesentlich stärker zu den Republikanern als Befragte, die nicht zur Arbeiterschaft gehören.

7.2.6 Determinanten einer PDS-Präferenz

Aufgrund der Tatsache, daß die PDS nach wie vor fast ausschließlich im Osten Unterstützung findet, kann in diesem Rahmen keine methodisch unbedenkliche logistische Regression für den Westteil des vereinten Deutschlands durchgeführt werden. Die Analysen müssen sich deshalb auf die neuen Bundesländer sowie auf Gesamtdeutschland beschränken. Für die neuen Länder ergeben sich dabei die erwartenden Zusammenhänge. Je distanzierter die Befragten in formaler Hinsicht den Kirchen gegenüberstehen, desto wahrscheinlicher wird eine Wahlabsicht zugunsten der PDS, wobei dies im Falle der protestantischen Kirche noch deutlicher wird als bei der katholischen Kirche. Die Kirchengangshäufigkeit spielt demgegenüber eine wesentlich geringere Rolle und beeinflusst im Falle häufigen Kirchgangs die Nähe zur PDS sogar positiv. Großen und hochsignifikanten Einfluß übt auch die Einstellung gegenüber dem Sozialismus aus, bei keiner anderen Partei steigt die Wahlabsicht in gleichem Maße wie bei der PDS, wenn sich die Befragten mit sozialistischen Prinzipien identifizieren. Auch die Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen des Vereinigungsprozesses fördert die Nähe zur PDS. Auffallend ist auch, daß, wie dies schon

bei der Volkskammer- und der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl sichtbar wurde, die Arbeiter in Ostdeutschland offensichtlich die größten Aversionen gegen die für den „Arbeiter- und Bauernstaat“ stehende PDS internalisiert haben. Aus Tabelle 6 wird deutlich, daß Befragte, die nicht zur Arbeiterschaft zählen, insgesamt eher zur PDS tendieren als die Arbeiterschaft. Allerdings steigt die Wahrscheinlichkeit einer PDS-Wahl im Falle von gewerkschaftlicher Bindung.

	Ost		Gesamt	
	B	S.E.	B	S. E.
Kath.	-1.149	.795	-3.621*	1.551
Prot.	-2.240*	.551	-3.504*	1.217
Kirchgang	.193	1.107	-.370	2.125
Ort	.279	.251	.447	.512
Region	-.599*	.248	---	--
Alter	.841*	.294	1.191*	.600
Beruf	.409	.270	.444	.594
Gewerksch.	-.117	.268	-.459	.549
Sozialism	-1.972*	.291	-2.283*	.598
Vereinig.	-1.819	1.029	-1.918	2.269
Demokr.	-.400	.321	-.667	.605
Sure	.139	.376	.374	.860
Wirtschaftsl.	-.478	.293	-.728	.575
Log Likelih.	233.11		60.59	
Chi-Square	79.91		40.72	
df	13		12	
pseudo R Square	.26**		.40**	
n=	74		19	

Da, wie geschildert, die PDS ihre Wählerschaft fast ausschließlich aus der ehemaligen DDR rekrutieren kann, ergeben sich in gesamtdeutscher Hinsicht von den für die neuen Länder beschriebenen Zusammenhänge keine nennenswerten Abweichungen. Konfessionslosigkeit und Befürwortung sozialistischer Ideale, die zweifellos selbst miteinander korreliert sind, stellen die wichtigsten Determinanten einer Wahlabsicht zugunsten der SED-Nachfolgepartei auch für ganz Deutschland dar.

7.2.7 Determinanten für die Wahlenthaltung

In Zeiten zunehmender Wahlenthaltung - bei der in ihrer historischen Bedeutung unvergleichbaren ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl war die Wahl

beteiligung so niedrig wie bei keiner anderen Bundestagswahl und bei den Landtagswahlen der letzten Jahre mußte ebenfalls eine rückläufige Wahlbeteiligung konstatiert werden - muß sich die Wahlsoziologie zweifellos auch mit der Frage auseinandersetzen, welches die Bestimmungsgründe für diese Form der Wahlentscheidung sind. Bezogen auf die fortdauernde Anwendbarkeit des cleavage-Ansatzes bedeutet dies zu fragen, ob sich die Nichtwähler dahingehend von den Wählern, insbesondere den durch die bestehenden Konfliktlinien an bestimmte Parteien gebundenen, unterscheiden, daß sie von eben diesen Konfliktlinien nicht mehr tangiert werden und somit eine wichtige Orientierungs- und wahlmotivierende Größe im individuellen Bezugssystem fehlt. Dies würde bedeuten, daß die über die Spannungslinien entstandenen typischen Stammwählerschaften der Union und der SPD, also Katholiken bzw. kirchlich Gebundene sowie Arbeiter, insbesondere gewerkschaftlich organisierte, sich seltener unter der Population der Nichtwähler wiederfinden würden als andere, quasi entstrukturierte Wählerschaften.

	West		Ost		Gesamt	
	B	S.E.	B	S. E.	B	S.E.
Kath.	-.202	.278	.034	.345		-.256
Prot.	-.551*	.278	-.436*	.194		.211
Kirchgang	-.561	.336	.072	.434		-.398
Ort	.368	.192	-.184	.158	.223	.162
Region	.004	.203	.048	.162	---	--
Alter	-.034	.252	.028	.197	.096	.195
Beruf	-.212	.220	-.289	.158		-.250
Gewerksch.	.142	.213	-.023	.167	.086	.178
Sozialism	.695*	.333	.431*	.172	.491*	.234
Vereinig.	.026	.381	-.132	.279		-.192
Demokr.	-.185	.192	-.500*	.174		-.238
Sure	-.030	.297	.318	.225	.115	.263
Wirtschaftsl.	-.270	.194	-.316	.176		-.320
						.167
Log Likelih.	384.74		537.57		516.12	
Chi-Square	10.86		16.85		14.10	
df	13		13		12	
pseudo R Square	.03		.03**		.03**	
n=	139		220		192	

Diese Hypothese findet sich durch unser Modell allerdings nur näherungsweise bestätigt. Dabei muß zu allererst für den Westen, für den Osten als auch für ganz Deutschland festgehalten werden, daß die von uns als Determinanten für das Wahlverhalten herangezogenen Faktoren insgesamt für die Nichtwähler eine wesentlich geringere Separations- und somit Erklärungskraft aufweisen als

für die meisten der vorgenommenen Kontrastierungen zwischen den beschriebenen Parteilalternativen. Für Westdeutschland ergibt sich, daß vor allem Befragte, die dem Sozialismus ablehnend gegenüberstehen, mit größerer Wahrscheinlichkeit einer Bundestagswahl fernbleiben. Außerdem läßt sich ein relativ deutlicher Einfluß der Kirchenbindung lokalisieren. Insbesondere die Mitglieder der evangelischen Kirche erweisen sich als überdurchschnittlich wahrscheinliche Urnengänger. Aber auch Befragte, die häufig den Gottesdienst besuchen, äußern öfter eine Wahlabsichtsteilnahme als Befragte, die selten oder nie zur Kirche gehen. Insofern würde hier die Einbindung in traditionelle Konfliktdimensionen tatsächlich die Wahlbeteiligung forcieren. Für die zweite in der alten Bundesrepublik relevanten Konfliktlinie, den Klassenkonflikt, gilt dieses Muster aber nicht mehr. Arbeiter bleiben eher öfter der Wahl fern als andere Berufstätige, wobei Gewerkschaftsmitglieder andererseits eine überdurchschnittliche Bereitschaft zur Wahlbeteiligung signalisieren. Vergleichsweise größeren Einfluß übt außerdem die Ortsgröße aus, in ländlichen Gebieten ist die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit höher als in größeren Städten. Unzufriedenheit mit der persönlichen wirtschaftlichen Situation führt dagegen eher zur Wahlenthaltung.

In den neuen Bundesländern, in denen 1990 die Wahlbeteiligung bei der Volkskammerwahl noch bei 93,4% lag, bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl aber nur noch bei 74,7%, ergeben sich nahezu die gleichen Abhängigkeiten. Hier übt neben den auch im Westen signifikanten Determinanten Sozialismusbeurteilung und Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche noch die Demokratiezufriedenheit signifikanten Einfluß auf die Wahlbeteiligung aus; Befragte, die mit dem demokratischen System unzufrieden sind, tendieren auch wahrscheinlicher dazu, sich nicht an demokratischen Wahlen beteiligen zu wollen.

Auch im vereinten Deutschland ist es vor allem eine enge Bindung an die Kirche, die dazu beiträgt, daß die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung steigt. Unter rein formalen Aspekten ist dabei abermals eine Zugehörigkeit zum Protestantismus der Wahlbeteiligung förderlicher als eine katholische Konfessionzugehörigkeit. Umgekehrt fördert auch in der größer gewordenen Bundesrepublik die Distanz zu sozialistischen Vorstellungen in signifikantem Umfang eher eine Wahlenthaltung. Auch für ganz Deutschland gilt darüber hinaus, daß auch die Unzufriedenheit mit der Demokratie die Wahlenthaltung fördert.

7.3 Diskussion der Ergebnisse

Welche Schlüsse lassen sich aus den Ergebnissen der dargestellten Modelle ziehen? Zweifellos deuten die Resultate der logistischen Regressionen darauf hin, daß für zukünftige Analysen gesamtdeutscher Wahlen differenzierte Betrachtungen angestellt werden müssen. Ein starres Festhalten an traditionellen Ansätzen der Wahlforschung erscheint auf der Grundlage der hier vorgestellten

Ergebnisse wenig fruchtbar. Andererseits ergibt die vorgenommene Kontrastierung der verschiedenen Verhaltensalternativen auch eindeutige Hinweise darauf, daß das cleavage-Modell auch im vereinten Deutschland und den zwangsläufig veränderten sozialen und politischen Strukturen einen eigenständigen und bedeutsamen Beitrag zur Erklärung der individuellen Wahlentscheidung leisten kann. Dies wird insbesondere durch die Determinationskraft unterstrichen, die die aus den beiden in der alten Bundesrepublik dominierenden Konfliktlinien hervorgehenden Variablen auf die Wahlentscheidung für die beiden großen Parteien ausüben. Nach wie vor kommt also der Konfessionszugehörigkeit und Kirchenbindung große Bedeutung für die Entscheidung zugunsten der Union zu und die SPD findet, zumindest unter der Bedingung gewerkschaftlicher Organisation, überproportionale Unterstützung bei der Arbeiterschaft.

Aber auch für die anderen Parteien stellen Klassen- und Konfessionskonflikt entscheidungsrelevante Faktoren dar. Dabei stellt sich dies zumeist solchermaßen dar, daß für diejenigen makrosozialen Gruppen, die über eine bestimmte Konfliktlinie nicht unmittelbar einer klaren Parteipräferenz zugeordnet werden konnten, nun genauere Differenzierungen möglich sind. Wenn beispielsweise Pappi (1986) zu dem Ergebnis kommt, daß die Konfessionszugehörigkeit Auskunft darüber gibt, ob jemand eher zur Union oder zu einer laizistischen Partei tendiert, so kann der Gegenpol zur Koalition von Katholiken und CDU/CSU dahingehend konkretisiert werden, daß insbesondere die Parteien an den Rändern des politischen Spektrums hieraus ihre Wählerschaft rekrutieren. Der Präferenz für die Union bei den Befragten mit einer starken Kirchenbindung steht also eine Präferenz für Republikaner und PDS, aber auch für die Grünen im Westen bei Wahlberechtigten mit einer spezifischen Distanz zu den Kirchen gegenüber.

Auf der anderen Achse trennt der Klassenkonflikt nicht nur die Arbeiterschaft bzw. gewerkschaftlich Organisierte mit einer Präferenz für die SPD von den restlichen Wahlberechtigten, diese lassen sich vielmehr ebenfalls über ihre Nähe zu den Gewerkschaften auch im Hinblick auf ihre Parteipräferenzen weiter differenzieren. So ergibt sich vor allem für die FDP ein klarer Zusammenhang zwischen der Wahlabsicht zu ihren Gunsten und einer eindeutigen Aversion gegen gewerkschaftliche Bindung. Die Republikaner profitieren dagegen vor allem von der enttraditionalisierten Arbeiterschaft, d. h. sie können überproportional viele Befragte an sich binden, die zwar formal zur Arbeiterschaft gehören - quasi zur Klasse an sich -, die aber offensichtlich keine Identifikation mit der Arbeiterklasse und deren politischen Orientierungen aufweisen, also kein entsprechendes Klassenbewußtsein besitzen. Für die Grünen gilt dagegen umgekehrt, daß sie noch immer wenig Unterstützung bei der Arbeiterschaft genießen, gleichzeitig aber überdurchschnittliche Erfolge bei Befragten mit Gewerkschaftsmitgliedschaft erzielen können.

Darüberhinaus zeigen die Modelle, daß in der Tat ein West-Ost-Gefälle in der Bedeutsamkeit der Konfliktlinientheorie für die Erklärung des Wahlver

haltens existiert. So wirkt sich, ganz im Gegensatz zu den Implikationen des Modells von Rokkan und Lipset, Kirchenbindung im Osten negativ für die CDU aus, das Bündnis '90/Grüne kann davon dagegen profitieren. Gleichzeitig ergeben Differenzierungen entlang des Klassenkonflikts Vorteile für die CDU bei den Arbeitern, während die SPD bei ihrer im Westen traditionellen Wählerschaft im Osten nach wie vor nur unterdurchschnittliche Unterstützung erhält. Für den Ostteil Deutschlands ergeben sich damit zumindest im Hinblick auf die für die alte Bundesrepublik jahrzehntelang gültigen und in unseren Modellen auch weiterhin beobachtbaren Zusammenhänge Erklärungsdefizite, d. h. die Anbindung bestimmter makrosozialer Gruppen an bestimmte Parteien auf der Grundlage gesellschaftlich verankerter Konfliktlinien folgt in den neuen Bundesländern nicht den gleichen Mustern und Bestimmungsgründen wie im Westen.

Für das vereinte Deutschland bedeutet dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine nachlassende Erklärungskraft des sozialstrukturellen Ansatzes. Dies wird jedoch durch verschiedene Faktoren wieder relativiert. Unter der Perspektive der gesamtgesellschaftlichen Relevanz ist der für die Bedeutung des cleavage-Modells hemmende Einfluß der ostdeutschen Strukturen nur von nachgeordneter Wichtigkeit, da rein quantitativ das Gewicht der neuen Ländern weitaus geringer ist als das der alten Bundesrepublik. Damit lassen sich für den größeren Bevölkerungsteil noch immer die bekannten Zusammenhänge lokalisieren. Außerdem erscheint es durchaus plausibel, daß im Zuge des Vereinigungsprozesses und der daraus resultierenden Angleichung der ostdeutschen Strukturen an das bundesdeutsche Normen- und Ordnungsgefüge auch eine Anpassung der sozialstrukturellen Bindungen der ostdeutschen Bevölkerung auf der Grundlage und mit den Ergebnissen der in der alten Bundesrepublik jahrzehntelange Gültigkeit besitzenden Wirkungsweise der institutionalisierten Konfliktlinien erfolgen wird. Damit würde mittelfristig sogar wieder ein Bedeutungszuwachs des cleavage-Modells zur Erklärung von Wahlverhalten einhergehen.

Schließlich wäre noch ein weiteres Szenario denkbar, nämlich daß aus der in der DDR entstandenen Umbruchsituation, die in ihren gesellschaftlichen und politischen Ausmaßen zweifellos mit den von Lipset und Rokkan geschilderten Ursachen für die Entstehung der in der alten Bundesrepublik existierenden Konfliktlinien gleichgesetzt werden kann, eine neue Konfliktdimension resultiert, die sich längerfristig auch im Parteiensystem niederschlägt. Ansatzweise wird dies bereits in der Unterstützung für die PDS deutlich, die sich nach wie vor fast ausnahmslos auf ostdeutsche Wähler stützen kann. Allerdings wäre die Voraussetzung hierfür wohl »eine dauerhafte Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage allein in den neuen Bundesländern, die eine neue soziale Konfliktlinie zwischen dem wohlhabenden Westen und dem verarmenden Osten entstehen ließe. Nur unter dieser Bedingung der regionalspezifischen Verarmung könnte die PDS ihre Rolle als regionalistische Oppositionspartei festigen«.

(Bürklin 1992: 31). Unter Berücksichtigung der quer durch alle Parteien laufenden Anstrengungen, die ökonomischen Strukturen im Osten zu verbessern, ist es deshalb auf Dauer kaum wahrscheinlich, daß angesichts der 5%-Klausel das Überleben einer sich rein auf ostdeutsche Interessen konzentrierenden Partei gewährleistet werden kann.

Wie auch immer aber diese Entwicklungen letztlich verlaufen werden, zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann auf der Grundlage der hier vorgestellten Ergebnisse trotz zunehmender Volatilität, zum Teil einschneidender Veränderungen der Sozialstruktur durch sozialen Wandel, sowie den durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten entstandenen Modifikationen im gesellschaftlichen und politischen System Deutschlands festgehalten werden, daß die von Stein Rokkan zusammen mit Seymour Martin Lipset generierte Theorie sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien als Determinanten des Wahlverhaltens nach wie vor einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der individuellen Parteipräferenz in Deutschland leisten kann.

Literaturverzeichnis

- Alber, Jens, 1985: Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen. Politische Vierteljahresschrift 26: 211-226.
- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Betz, Hans-Georg, 1991: Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa. Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/91: 3-14.
- Bürklin, Wilhelm, 1992: Die Struktur politischer Konfliktlinien im vereinten Deutschland: Eine Nation - zwei getrennte politische Kulturen?, in: Christina Albertina. Forschungsbericht und Halbjahresschrift der Universität Kiel, Heft 34 (Sonderdruck).
- Bürklin, Wilhelm, 1988: Wählerverhalten und Wertewandel. Opladen: Leske+Budrich.
- Downs, Anthony, 1957: An Economic Theory of Democracy. New York Emmer, Thomas, 1991: Konfliktlinien, Sozialismus und Wahlverhalten. Ein sozialstruktureller Erklärungsversuch der Volkskammerwahl am 18. März 1990 in der DDR. Unveröffentlichte Magisterarbeit am Institut für Soziologie der Universität Heidelberg.
- Forschungsgruppe Wahlen 1990: Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Mannheim.
- Hradil, Stefan, 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Leske und Budrich.
- Inglehart, Ronald, 1979: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prio

- ritäten. S. 279-316 in: H. Klages/P. Kmiecik (Hrsg.), Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt: Campus.
- Klingemann, Hans-Dieter, 1984: Soziale Lagerung, Schichtbewußtsein und politisches Verhalten. Die Arbeiterschaft der Bundesrepublik im historischen und internationalen Vergleich. S. 593-621 in: R. Ebbinghausen/F. Tiemann (Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker. Opladen:
- Kühnel, Steffen M., Terwey, Michael., 1988: Einflüsse sozialer Konfliktlinien auf das Wahlverhalten im gegenwärtigen Vierparteiensystem der Bundesrepublik. Unveröffentlichtes Manuskript. Köln.
- Lipset, Seymour Martin, Rokkan, Stein, 1967: Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. S. 1-64 in: S. M. Lipset/S. Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: The Free Press.
- Müller, Walter, 1985: Was bleibt von den Klassenstrukturen? Beitrag zum Symposium »Westeuropa im Wandel« zum 20-jährigen Bestehen des Instituts für Sozialwissenschaften Universität Mannheim, 15-18 Oktober 1985. Vortragsmanuskript.
- Müller, Walter, 1977: Klassenlagen und soziale Lagen in der Bundesrepublik. S. 21-100 in: J. Handl/K. U. Mayer/W. Müller: Klassenlagen und Sozialstruktur. Frankfurt/New York:
- Nohlen, Dieter (Hrsg.), 21987: Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 1: Politikwissenschaft. Theorien-Methoden-Begriffe. München: Piper.
- Pappi, Franz Urban, 1986: Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich. S. 369-384 in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban, 1985: Die konfessionell-religiöse Spannungslinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität, Wandel. S. 263-290 in: D. Oberndörfer/H. Rattinger/K. Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Becker & Humblot.
- Pappi, Franz Urban, 1979: Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik. S. 465-479 in: J. Matthes (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages. Berlin: Campus.
- Pappi, Franz Urban, 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Politische Vierteljahresschrift 18: 195-229.
- Pappi, Franz Urban, 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Politische Vierteljahresschrift 14: 191-213.
- Parsons, Talcot 1976: Das System moderner Gesellschaften. München Parsons, Talcot., Bales, R. F., Shils, E. A., 1953: Working Papers in the Theory of Action. New York:

- Rokkan, Stein, 1980: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas. *Zeitschrift für Soziologie*, Jahrgang 9, Heft 2: 118-128.
- Roth, Dieter, 1990: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung. *Politische Vierteljahresschrift* 31: 369-393.
- Schmitt, Karl, 1985: Religiöse Bestimmungsfaktoren der Wahlabsicht. S. 291-329 in: D. Obemdörfer/H. Rattinger/K. Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Becker & Humblot.
- Schultze, Rainer-Olaf, 1991: Wählerverhalten und Parteiensystem. S. 11-43 in: *Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Wahlverhalten*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Urban, Dieter 1989: Multinomiale LOGIT-Modelle zur Bestimmung der Abhängigkeitsstruktur qualitativer Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen. *ZA-Informationen* Nr. 26, *Zentralarchiv für empirische Sozialforschung*. Universität Köln: 36-61.
- Veen, Hans-Joachim, 1984: Wer wählt grün? *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 35-36/84: 3-17.
- Weihe, Ulrich, 21987: AGIL-Schema. S. 11-12 in: Nohlen, D. 21987.

Anhang: Übersicht der für die logistischen Regression verwendeten Variablen

Variablenübersicht		
	Referenzkategorie	Kontrastkategorie
Kath.	Katholiken	Nichtkatholiken
Prot.	Protestanten	Nichtprotestanten
Kirchgang	jeden Sonntag fast jeden Sonntag	ab und zu, einmal im Jahr, seltener oder nie
Ort	bis 20.000 Einwohner	über 20.000 Einwohner
Region WEST:	Baden-Württemberg	alle anderen westdeut
Region OST:	Bayern Sachsen, Thüringen Sachsen-Anhalt	deutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Berlin-Ost, Brandenburg
Alter	ab 60 Jahre	bis zu 59 Jahren
Beruf	Nicht zur Arbeiter schaft zählende Berufstätige	Arbeiter, Facharbeiter, Meister
Gewerksch.	Befragte ohne Gewerkschaftsbindung	Gewerkschaftsmitglieder
Sozialism	Halte vom Sozialismus: etwas, kaum etwas oder gar nichts	Halte vom Sozialismus: sehr viel oder viel
Vereinig.	Mit der Vereinigung geht es besser als gedacht	Mit der Vereinigung geht es wie erwartet oder schlechter als gedacht
Demokr.	Mit der Demokratie eher zufrieden	Mit der Demokratie eher unzufrieden
Sure	Eigener Arbeitsplatz ist sicher bzw. nicht berufstätig	Eigener Arbeitsplatz ist gefährdet
Wirtschaftsl.	Eigene Wirtschaftslage ist gut	Eigene Wirtschaftslage ist teils gut, teils schlecht oder schlecht